STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Norden (12/Rat/2008)
am 30.09.2008 und am 06.10.2008
im Saal des Hotel Stadt Norden, Neuer Weg 26,

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgaben
5. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde
7. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.06.2008 (11/Rat/2008)
0583/2008/1.2
8. Bebauungsplan Nr. 77, 1. Änderung und Erweiterung, Großparkplatz Ost; Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.08 auf Änderung des Städtebaulichen Vertrages
0603/2008/FB3
9. 66. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Großparkplatz Ost; Abwägung, 2. Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung, Feststellungsbeschluss
0622/2008/3.1
10. Bebauungsplan Nr. 77, 1. Änderung und Erweiterung; Gebiet: Großparkplatz Ost; Abwägung, 2. Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden, Satzungsbeschluss
0623/2008/3.1
11. Bebauungsplan Nr. 126; Gebiet: Zwischen Hallenstr., Waldstr. und Bahnhofsstr.; Entscheidung über das Betreiberkonzept Parkservice der Fa. Hafen Logistik Norden Ltd.
0590/2008/3.1
12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143V "Großer Krug"; 1. Änderung des Vorhabendurchführungsvertrages
0593/2008/3.1
13. 72. Änd. des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addinggaster Tief, Südring und Leegemoorweg -Photovoltaik-; Aufstellungsbeschluss
0619/2008/3.1
14. Bebauungsplan Nr. 152 der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addinggaster Tief, Südring und Leegemoorweg -Photovoltaik-; Aufstellungsbeschluss
0620/2008/3.1
15. Bebauungsplan Nr. 57d "Nordöstlich Siedlungsweg"; Antrag zur Planänderung
0582/2008/3.1
16. Bebauungsplan Nr. 23, 4. Änderung mit örtlichen Bauvorschriften; Gebiet: Gewerbestraße (Lidl); Aufstellungsbeschluss
0624/2008/3.1

17. Ausbauplan Siedlungsweg
0639/2008/3.3
 - . Unterbrechung der Sitzung
 - . Fortsetzung der unterbrochenen Sitzung
18. Anerkennungsverfahren "Nordseeheilbad Norden-Norddeich"
0616/2008/1.2
19. Erschließungsbeiträge "Weberslohne"
vorläufige Abrechnung und Beschlussfassung über die Aufwandsspaltung
0606/2008/3.3
20. Straßenausbaubeitrag ; Abrechnung Warfenweg -Teilstrecke zwischen Westlinteler Weg
und Münchener Straße
0609/2008/3.3
21.
 1. Bekanntgabe einer unerheblichen außerplanmäßigen Ausgabe im HJ. 2006
 2. Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006 einschl. der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN
 - a) Beschlussfassung über die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse
 - b) Entlastung der Bürgermeisterin**0598/2008/1.1**
22. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH;
Bestellung des Abschlussprüfers für das Jahr 2008
0638/2008/1.1
23. Umbildung von Ratsausschüssen; Antrag der SPD-Fraktion
0633/2008/1.2
24. Änderung der Geschäftsordnung des Rates vom 01.11.2006;
Empfehlung der Verwaltung (Rat: 24.06.2008)
Antrag der SPD-Fraktion vom 27.06.2008
0591/2008/1.2
25. Resolution gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes in Emden; Antrag der Fraktion "Bündnis
90/Die Grünen" vom 13.09.2008
0641/2008/1.2
26. Dringlichkeitsanträge
27. Anfragen
 - 27.1. Anfragen: Messplatten zur Verkehrszählung / 3.3
AN/0501/2008
 - 27.2. Anfragen: Haftung für Schäden durch Bäume / 3.3
AN/0502/2008
 - 27.3. Anfragen: Genehmigung von Werbeschildern / 3.3
AN/0503/2008
 - 27.4. Anfragen: Autoverkaufsstelle Osterstraße / 3.3
AN/0504/2008
 - 27.5. Anfragen: Grabensäuberung Berliner Straße / 3.3
AN/0505/2008
 - 27.6. Anfragen: Ratsbeschluss zum Parkservice /3.1
AN/0506/2008
28. Wünsche und Anregungen
 - 28.1. Wünsche und Anregungen: Verkehrsschilder zur Ortsumgehung / 3.3
AN/0507/2008
 - 28.2. Wünsche und Anregungen: Fragen der Politik zur Windenergie / 3.3
AN/0508/2008
 - 28.3. Wünsche und Anregungen: Bericht der Wirtschaftsförderung / 3.2
AN/0509/2008

- 28.4. Wünsche und Anregungen: Sachstandsauskunft Genehmigungsverfahren Krippenplätze
"Hooge Riege" / 2.2
AN/0510/2008
- 28.5. Wünsche und Anregungen: Sachstandsauskunft zum Südeingang / 3.1
AN/0511/2008
29. Festlegung des nächsten Sitzungstermins
30. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17.06 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden und begrüßt die Anwesenden.

Der Vorsitzende gratuliert dem Ratsherrn Hermann Klaffke im Namen des gesamten Rates der Stadt Norden sehr herzlich zum Geburtstag. Die Bürgermeisterin gratuliert ebenfalls und übergibt einen Blumenstrauß.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Der Vorsitzende beantragt, auf Empfehlung des gestern tagenden Verwaltungsausschusses, die Tagesordnungspunkte 13. – 72. Änd. des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden, Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addinggaster Tief, Südring und leegemoorweg – Photovoltaik-, Aufstellungsbeschluss-, 14. – Bebauungsplan Nr. 152 der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addinggaster Tief, Südring und Leegemoorweg – Photovoltaik, Aufstellungsbeschluss- und 16. Bebauungsplan Nr. 23, 4. Änderung mit örtlichen Bauvorschriften; Gebiet: Gewerbestraße (Lidl); Aufstellungsbeschluss- (Beschluss-Nummern 619/2008/3.1, 620/2008/3.1 und 624/2008/3.1) von der Tagesordnung abzusetzen.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

Der Vorsitzende lässt über die Änderung der Tagesordnung abstimmen.

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Tagesordnungspunkte 13., 14. und 16. (Beschluss-Nummern 619/2008/3.1, 620/2008/3.1 und 624/2008/3.1) werden abgesetzt.

Die mit Schreiben vom 16.09.2008 bekannt gegebene Tagesordnung mit den beantragten Änderungen wird festgestellt.

zu 4 Bekanntgaben

Fachbereichsleiter Wilts gibt bekannt:

Frau Eiben, Landkreis, teilte heute auf telefonische Nachfrage zum Sachstand der Schulentwicklungsplanung, - Gesamtschulstandorte - mit:

1. Die Terminplanung für die Elternbefragung wurde geändert. Sie soll nach den Herbstferien stattfinden.
2. Der geplante Sitzungstermin am Freitag 26.09.08 des Schulausschusses des Landkreises wurde daher aufgehoben.
3. In einem ersten Teilschritt soll die Elternbefragung für den nördlichen Landkreis zu einer Ge-

samtschule in Norden bei den Eltern der 1. – 4. Klassen in Norden, Hage und Teilen von Großheide stattfinden. Andere Standorte sollen erst nach einer Entscheidung (Votum der Eltern) bearbeitet werden.

4. Die Bürgermeister der Gemeinden im nördlichen Landkreis sollen bis Ende der 41. Woche einen Vorschlag unterbreiten.
5. Der Landkreis (Herr Puchert, Frau Eiben) hat mit der Landesschulbehörde in Osnabrück abgestimmt, dass nur Eltern der Kinder im 1. – 4. Schuljahr – nicht aber von Kindergarten-Kindern – befragt werden sollen.
6. Die neuen Termine für die Elternbefragung und die Info-Veranstaltungen für die Eltern sollen zwischen dem Landkreis und der Stadt abgestimmt werden, wenn der Vorschlag der Bürgermeister vorliegt.

zu 5 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine

zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde

Herr Menno Christoffers, Süderneuland II, fragt, ob die Verwaltung die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 11. - Bebauungsplan Nr. 126; Gebiet: Zwischen Hallenstr., Waldstr. und Bahnhofsstr.; Entscheidung über das Betreiberkonzept Parkservice der Fa. Hafen Logistik Norden Ltd.; Vorlage: 0590/2008/3.1 noch einmal erläutern werde.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass die Verwaltung dem gerne nachkomme, wenn es gewünscht sei.

Frau Silke von Ameln, Elternvertreterin des KVHS-Kindergarten „Mittendrin“ fragt, wo der vom Rat im Juni diesen Jahres beschlossene Zuschuss von 50.000 Euro für die Kindergärten KVHS und Naturkinderwerkstatt bleibe.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass Frau von Ameln sie heute Vormittag angerufen und ihr diese Frage für die heutige Ratssitzung angekündigt habe. Die Verwaltung habe sich daher auf die Beantwortung vorbereiten können. Ansonsten seien bei Anfragen Antworten aus dem Stegreif nicht immer möglich. Sie habe Fachbereichsleiter Wilts informiert und ihn gebeten, sich auf die Beantwortung vorzubereiten.

Fachbereichsleiter Wilts erläutert, dass die 50.000 Euro, die der Rat im Rahmen des Haushalts zur Verfügung gestellt habe, zwischen den beiden neu aufgenommenen Kindergärten „KVHS“ und „Naturkinderwerkstatt“ aufgeteilt werden müssten. Dieses Geld liege bereit, könne jedoch noch nicht ausgezahlt werden, weil die mit den Trägern der Kindergärten abzuschließenden Verträge noch nicht unterzeichnet seien. Mit beiden Einrichtungen sei in den letzten vierzehn Tagen noch einmal gesprochen worden. Der Leiter der KVHS habe ihm gegenüber erklärt, dass man sich über den Text des Vertrages einig sei, gleichwohl wolle er sich noch einmal über die Höhe des Betrages im eigenen Hause besprechen. Der KVHS-Leiter wolle sich anschließend wieder melden. Diese Situation gelte gleichermaßen auch für die Naturkinderwerkstatt. Die Zusammenhänge um die Verträge und die Förderungen sei er gerne bereit, in jeder Einzelheit der Fragestellerin in einem persönlichen Gespräch zu erläutern.

Frau Manuela Linke, Verschönerungsweg, möchte von der Bürgermeisterin wissen, wie ihre Aussage im Rahmen einer Fahrradtour im Sommer („Es ist schön, dass in Zukunft keine Autos mehr

durch Norden fahren, die nach Norddeich wollen.“) mit dem Gedanken zusammen passe, in direkter Nähe zu einer Wohnsiedlung einen Parkplatz zu bauen.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass der Parkplatz noch nicht beschlossen sei. Es gebe den Antrag eines Gewerbetreibenden, sein Anliegen zu überprüfen. Die Verwaltung habe sich mit dem Anliegen auseinander gesetzt und einen abschlägigen Beschlussvorschlag gemacht. Die Politik sei dem ablehnenden Verwaltungsvorschlag mehrheitlich nicht gefolgt und fordere, dass das Ansinnen des Gewerbetreibenden genauer geprüft werde. Bisher sei von der Politik eine grundsätzliche Zustimmung signalisiert worden, wenn bestimmte Auflagen erfüllt würden. Die Prüfung, was gehe und was nicht gehe, was verträglich sei und nicht verträglich sei, halte sie für einen gangbaren Weg. Die Besorgnisse, die in Süderneuland herrschten, seitdem der Plan öffentlich gemacht worden sei, kenne sie sehr gut, gleichwohl seien die Interessen aller Bewohner der Stadt Norden abzuwägen. Im Moment sei die politische Mehrheit so, dass die Prüfung gestattet werde.

Herr Hinrich Lambertj, Molkereistraße 1, Süderneuland II, begrüßt, dass der Bau der Umgehungsstraße seiner Vollendung entgegen gehe. Er fragt, warum vor den Toren der Stadt Norden ein Parkservice/Zubringerdienst zum Fähranleger Juist/Norderney betrieben werden solle, obwohl der Verkehr ohne Verzug um Norden herum geführt werden könnte. Er fragt weiterhin, warum das bestehende Verkehrskonzept, vorhandene Parkmöglichkeiten in Norddeich in Anspruch zu nehmen, keine Gültigkeit mehr habe.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass nach Fertigstellung der Umgehungsstraße die Anbindung aus südlicher Richtung und nicht etwa aus nördlicher Richtung vorgesehen ist. Es gehöre zum Bedingungsgefüge, dass der Parkplatz von der Umgehungsstraße aus angefahren werde und es keine Öffnung in den Wohnbereich, in die Molkereistraße, gebe.

Frau Lisa Muskulus, Siedlungsweg 26, Norden erklärt:
(Hinweis der Verwaltung: Der Beitrag wurde schriftlich abgegeben)

„Über den Siedlungsweg in den 80er und 90er Jahren erschlossene Baugebiete (Zufahrt über Addinggaster Weg wegen Brücke nicht möglich gewesen):

- Am Addinggaster Tief – Ende 80er – Anfang 90er Jahre
- Zur Addinggaste/Am Diekschloot
- Auf der Weide – ab ca. 1995
- Auf der Koppel – ab ca. 1997
- Deepstück
- Rüskenpadd / Siedlungsschloot

Fragen zur Ratssitzung vom 30.09.2008 zum Tagesordnungspunkt 17. – Beschlussnummer 639/2008/3.3:

- Besteht die Möglichkeit, die Kosten der geplanten Baumaßnahme weiter zu reduzieren? Bspw. durch den Verzicht auf Baumanpflanzungen etc.? Warum muss aus dem Siedlungsweg mit über 50 Bäumen eine Allee gemacht werden und hierfür die Anlieger zur Kasse gebeten werden?
- Anfang der 90er Jahre ist am Siedlungsweg das „6 Tonnen-Schild“ verschwunden. Damit waren für die Investoren keine gebührenpflichtigen Einzelgenehmigungen notwendig geworden. Hat es im Gegenzug für diese Vergünstigung von den Investoren eine Einmalzahlung an die Stadt gegeben ?
 - Falls nein, kann man die Investoren im Nachhinein noch zu Zahlungen für diese Vergünstigungen heranziehen?

- Wer hat die Entscheidung getroffen, das Schild abzubauen? Mit welcher Begründung?
- Hätte der Siedlungsweg nicht als Baustraße ausgewiesen werden müssen, wenn mehrere Baugebiete ausschließlich hierüber erschlossen werden konnte; um in Nachhinein diese Baustraße von den Investoren instandsetzen zu lassen?
- Warum ist die Stadtverwaltung ihrer Verpflichtung zur regelmäßigen Instandsetzung nach der Baugebieterschließung nicht nachgekommen? Hat man bewusst die Frist für eine Wiederveranlagung verstreichen lassen, um die Anlieger in die Pflicht zu nehmen und die Investoren zu entlasten?
- Als die ersten Beschwerden durch die Anlieger vom Siedlungsweg an die Stadtverwaltung herangetragen wurden, wurde in der Versammlung aus dem Jahre 1993 im damaligen Vorschulgebäude durch Vertreter der Verwaltung, Investoren und Vertretern der Politik zugesichert, Geld bereitzustellen, um die durch die Erschließung der Baugebiete entstandenen Schäden zu beheben. Wie steht die Verwaltung heute zu diesen Aussagen und wo ist das zugesicherte Geld geblieben?

Fazit:

Wir sprechen hiermit alle anwesenden Ratsmitglieder persönlich an und bitten darum, die Bedenken zuerst auszuräumen und deshalb nicht heute in der Sache zu entscheiden, sondern die Sache in den nächsten Bauausschuss zu verweisen!“

Die Bürgermeisterin antwortet, dass die Fragen sehr vielfältig seien. Sie werde diese Fragen gerne genauso öffentlich beantworten, wie Frau Muskulus sie hier öffentlich gestellt habe, so dass auch alle die Informationen erhielten. Im Moment könne sie sagen, dass es ein breites Informationsangebot an die Anlieger des Siedlungsweges gegeben habe. Die Stadt bemühe sich seit Jahren in Anbetracht der knappen finanziellen Mittel, die Straße wieder instand zu setzen. In Süderneuland seien 30 von 40 angeschriebenen Anliegern zur Bürgerversammlung gekommen. 25 Anlieger hätten sich für die Ausbauvariante A1 ausgesprochen. Die Fragen, wie es zu dem schlechten Zustand der Straße gekommen sei, wer ggf. dafür verantwortlich und ggf. zur Rechnung zu ziehen sei, möchte sie gerne in Ruhe beantworten dürfen.

Herr Frank Thomas, Verschönerungsweg, möchte wissen, ob bei Realisierung des Parkservices dafür gesorgt werde, dass der dekontaminierte Boden entsorgt wird oder ob der kontaminierte Boden einfach zubetoniert würde.

Fachbereichsleiter Memmen antwortet, dass diese Thematik in einem Bebauungsplanverfahren zu prüfen wäre. Sobald ein Kontaminationsverdacht vorliege, müsse dieser überprüft werden. Beim angrenzenden Gebiet wisse man, dass derartige Probleme im Boden vorhanden sein könnten. Bei dem anstehenden Gelände gäbe es solche Anhaltspunkte nicht. Die Untere Bodenschutzbehörde und die Abfallbehörde würden beteiligt.

Herr Frank Thomas fragt, ob es nicht sinnvoller wäre, für einen solchen Parkplatz eher ein Industriegebiet zu nutzen, als ein Wohn-/Mischgebiet?

Fachbereichsleiter Memmen antwortet, dass Herr Thomas nicht in einem Mischgebiet wohne, sondern in einem allgemeinen Wohngebiet, dass es bzgl. einzuhaltender Lärmwerte zu schützen gelte. Immissionen, die aus der beabsichtigten Nutzung heraus in das angrenzende Wohngebiet getragen würden, seien genauestens durch ein Gutachten festzustellen. Die Wohnqualität in dem Wohngebiet müsse bezogen auf bestimmte Lärm-Tag- und Lärm-Nachtwerte eingehalten werden.

Herr Frank Thomas fragt nach, ob aufgrund des Lärmschutzes Lärmschutzwände zu befürchten seien.

Fachbereichsleiter Memmen antwortet, dass es sich beim angrenzenden Gebiet mit den Lagerhallen um ein Mischgebiet handele und das Gebiet, wo der Parkservice entstehen soll, als Gewerbegebiet einzustufen sei. Zu überprüfen sei beispielsweise der Abstand zu dem nächsten Wohnhaus. Ansonsten könnten noch die Betriebszahlen beschränkt werden oder auch aktive Lärmschutzmaßnahmen, wie Fenstersanierungen usw., angeboten werden.

Herr Pieper, Molkereistraße, fragt, wie realistisch die Annahme der Fa. Hafenlogistik sei, im Jahre 2008 Betriebsgenehmigungen zu erhalten, mit Renovierungsarbeiten beginnen zu können und dann Ostern 2009 vollständig im Geschäft zu sein. Seine Frage wäre, ob die Stadt Genehmigungen erteile, ehe der Bebauungsplan rechtskräftig sei.

Fachbereichsleiter Memmen antwortet, dass die Stadt keine Betriebsgenehmigungen erteilen werde und die Zeitachse der Fa. Hafenlogistik unrealistisch sei. Sollte die Nutzung dort erlaubt werden, müsste ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden, dass im Regelfall mit bis zu einem ¼ Jahr eingeplant werden müsse. Die Hoffnung der Fa. Hafenlogistik, im nächsten Frühjahr beginnen zu können, sei nicht realistisch.

Herr Bernhard Backer fragt, ob sich die Altlastenverdachtsfläche nur auf Vermutungen begründet oder ob es dort schon konkrete Untersuchungen gegeben habe.

Fachbereichsleiter Memmen erläutert, dass die ausgewiesene Altlastenverdachtsfläche auf Bürgerbefragungen fuße, als vor etlichen Jahren in ganz Niedersachsen ein Altlastenkataster aufgebaut worden sei. Immer dann, wenn aktiv in diese Flächen eingegriffen werde, müsse dem Verdacht nachgegangen werden. Diese Altlastenverdachtsfläche liege im Geltungsbereich des Bebauungsplanes, jedoch nicht in der Fläche des beantragten Parkservicebetriebes. Die untere Bodenschutzbehörde und die Abfallbehörde des Landkreises würden in diesem Verfahren beteiligt.

Frau Annette Füllmann, Kolklandstraße, fragt, ob unter der Prämisse einer möglichen Ansiedlung des Parkservicebetriebes die Molkereistraße zu einer Sackgasse gemacht werden könnte, um der Gefahr zu begegnen, dass der Verkehr durch die Molkereistraße geführt werde. Außerdem hätte sie auf der Kolklandstraße/Ecke Molkereistraße bereits mehrere unfallträchtige Situationen beobachten können, dass auch hier beispielsweise durch eine Einbuchtung in der Kolklandstraße das Gefahrenpotential minimiert werden könnte.

Fachbereichsleiter Memmen antwortet, dass er die Frage nicht aus dem Stegreif beantworten könne. Dazu müsse das Gesamtgefüge des Straßennetzes untersucht werden, da mit solch durchgreifenden Maßnahmen Verdrängungen der Verkehre einhergingen.

Herr Arno Büscher, Siedlungsweg, erklärt, dass die Anlieger sich bei der Bürgerversammlung zwar für die Variante A 1 entschieden hätten, gleichwohl die Bürger keine Chance gehabt hätten, sich für Maßnahmen zur Kostenreduzierung, wie das Pflanzen weniger oder keiner Bäume, aussprechen zu können. Er fragt, warum alle vier Ausbauvarianten die Anpflanzung von Bäumen vorsähen.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass Fachbereichsleiter Memmen gleich Ausführungen über die Sinnhaftigkeit von Bäumen machen könnte. Letztlich entscheide der Rat, ob bei der Ausbauvariante Bäume vorgesehen werden oder nicht.

Fachbereichsleiter Memmen führt aus, dass die Bürgermeisterin bei der Anliegerversammlung nicht dabei gewesen sei, er jedoch schon. Er habe den Eindruck einer sehr sachlichen Atmosphäre, gerade auch in dieser Frage, gehabt. Herr Büscher sei bei dieser Versammlung der Meinung gewesen, keine Bäume haben zu wollen, aber die Mehrheit der anwesenden Anlieger habe ihn da zurück gepfiffen und sich für die Bäume ausgesprochen. Jetzt sei der Grünbereich des Siedlungsweges völlig unterentwickelt. Zu einer Straße gehöre als Gestaltungselement ein Baum, aus heutiger Sicht des Klimawandels sowieso und aus Sicht der Verkehrsberuhigung,

da die Bäume den sogenannten optischen Durchschuss verhinderten und damit auch eine Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit sicher stellten, auch. Woher die 45.000 Euro kämen, wisse er nicht. Diese Zahl sei völlig falsch. Die Stadtverwaltung gehe von einem Betrag zwischen 25.000 und 30.000 Euro aus, der jeweils zur Hälfte zu teilen sei. Bei 40 Anliegern müsse man sich entscheiden, ob man hierfür jeweils rund 400 Euro übrig habe und damit sein Straßenbild und Wohnumfeld erheblich aufbessere. Mit dem anfallenden Laub, was wohl das Hauptargument gewesen sei, könne man auch umgehen, da es keine Bäume würden, die nicht typische Straßenbäume seien.

Frau Lisa Muskulus, Siedlungsweg 26, erklärt, dass sich die Verwaltung auf den Antrag des Parkservicebetriebes die Meinung „Contra“ gebildet habe und sie wolle wissen, was seitens des Bauausschusses für die Ansiedlung spreche, wenn andere Bauflächen, z.B. im Gewerbegebiet, zur Verfügung stünden.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass sie einem Antragsteller nicht vorschreiben könne, welche Gewerbefläche er sich für seine Tätigkeit aussuche. Sie habe sich damit auseinander zu setzen, dass er für diese Gewerbefläche einen bestimmten Antrag stelle. Dieser Antrag ist von der Verwaltung aufgearbeitet und dann in die politische Debatte eingebracht worden. Die Frage richte sich weniger an sie als an die Mitglieder des Bauausschusses, weshalb sie auf die noch folgende politische Debatte unter Tagesordnungspunkt 11. verweise. Dort werde Frau Muskulus ggf. die Antworten auf ihre Fragen erhalten.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Einwohnern für die regen Fragestellungen und schließt um 17.50 Uhr die Einwohnerfragestunde.

zu 7 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.06.2008 (11/Rat/2008) 0583/2008/1.2

Sach- und Rechtslage:

entfällt

Ratsherr Blaffert bittet, seine persönliche Erklärung zum Kindergarten Hooge Riege – Rückkauf des Teileigentums, die ihm ausdrücklich vom Vorsitzenden unter dem Tagesordnungspunkt „Wünsche und Anregungen“ gestattet worden sei, im Protokoll nachzutragen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Anregung in das Protokoll der heutigen Sitzung aufzunehmen und das Protokoll zu genehmigen.

Beigeordneter Wilffang hält diese Vorgehensweise für rechtlich bedenklich, da der Wortbeitrag des Rats Herrn Blaffert dann im zu genehmigenden Protokoll nicht zu finden sei.

Der Vorsitzende schlägt im Einvernehmen mit dem Rat vor, dass das Protokoll ergänzt und in der nächsten Sitzung erneut zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Niederschrift wird in der nächsten Sitzung des Rates erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

**zu 8 Bebauungsplan Nr. 77, 1. Änderung und Erweiterung, Großparkplatz Ost; Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.08 auf Änderung des Städtebaulichen Vertrages
0603/2008/FB3**

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion stellt mit Datum vom 13.06.08 den in der Anlage 1 beigefügten Antrag. Mit Schreiben vom 11.07.08 (Anlage 2) erklärt die SPD-Fraktion, den o. a. Antrag aufrechtzuerhalten.

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 08.10.2007 (Vorlage: 0364/2007/3.1) wird die Verwaltung beauftragt, „den Städtebaulichen Vertrag unter Beachtung seiner Beschlüsse von heute und vom 17.07.2007 (zur Gestaltung und Beschreibung des Parkhauses gemäß § 4 Ziff. 10) mit der AGRNF zu schließen.“

Mit Datum vom 23.10.2007 wurde der Städtebauliche Vertrag von beiden Parteien unterschrieben.

Der Antrag der SPD-Fraktion stellt ab auf die zunächst unterschiedlichen Auffassungen zur Berücksichtigung der aktuellen Vergaberechtsprechung der Oberlandesgerichte und dem EuGH im städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt und der AGRNF.

Mit der Ergänzungsvereinbarung vom 30.06.2008 (Anlage 3) wurde eine einvernehmliche Regelung getroffen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2008 abzulehnen.

Der Rat beschließt:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.08 wird abgelehnt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	20
	Nein-Stimmen:	12
	Enthaltungen:	0

**zu 9 66. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Großparkplatz Ost; Abwägung, 2. Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung, Feststellungsbeschluss
0622/2008/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 01.11.2006 die Aufstellung der 66. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden beschlossen.

Die Durchführungen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung als Bürgerversammlungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB haben am 07.06.2006 und am 05.12.2006. Die Unterrichtung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 23.11.2006 bis zum 15.12.2006.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §. 4 Abs. 2 BauGB erfolgte parallel in der Zeit vom 19.11.2007 bis zum 21.12.2007.

Die hierauf eingegangenen Stellungnahmen haben zwar zu keinen Änderungen der Planung geführt, jedoch wurde der Umweltbericht aufgrund von Erkenntnissen aus anderen Bauleit-

planverfahren um die Vorprüfung der Verträglichkeit hinsichtlich „Natura 2000“ (Umweltbericht Kap. 1.2.2.) erheblich ergänzt.

Daher wurden die Auslegungen sowohl für die Änderung des Bebauungsplanes als auch des Flächennutzungsplanes, zusammen mit dem Städtebaulichen Vertrag erneut in der Zeit vom 21.07.2008 bis zum 22.08.2008 gem. § 3 abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die erneuten Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange haben ebenfalls zu der gleichen Zeit stattgefunden. Die hierauf eingegangenen Stellungnahmen haben zu keinen die Grundzüge der Planung betreffenden Änderungen der Planung geführt.

Der Vorsitzende bittet, den Tagesordnungspunkt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10. zu beraten.

Frau Abel, NWP, stellt die Planungen zur Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Änderung des Bebauungsplanes in einer Power-Point-Präsentation vor. Die im Vortrag gezeigten Power-Point-Folien sind als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Fachbereichsleiter Memmen führt aus, dass bzgl. der Umsetzungsmaßnahmen zur Kompensation drei verschiedenen Stellen Eingriffen begegnet werde. Nördlich des Waloseums werde eine Kompensationsfläche von der GLL für Maßnahmen der Umgehungsstraße und für Eingriffe der Frisia aufgearbeitet. Beim Bebauungsplan könne man erkennen, dass Minimierungsmaßnahmen durch den begrünten Lärmschutzwall, durch die Begrünung zur offenen Landschaft und durch die Begrünung des Parkplatzes vorgesehen seien. Mit der Frisia seien die Kompensationsmaßnahmen dezidiert vereinbart worden.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Look zum Punkt „Umgestaltung Ortsmitte nicht gesichert“ antwortet Frau Abel, dass dieser Punkt ein Ziel der Stadt sei, der umgesetzt werden solle. Im städtebaulichen Vertrag habe man diesen Punkt geregelt, weshalb man davon ausgehen könne, dass die Umsetzung dieses Punktes gesichert sei.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Blaffert erklärt Fachbereichsleiter Memmen, dass der Städtebauliche Vertrag die Regelung enthalte, mit Beginn des 1. Bauabschnittes auch mit der Umgestaltung der Ortsmitte zu beginnen.

Ratsherr Blaffert möchte noch wissen, ob sich an der vorgestellten Form des geplanten Parkhauses etwas verändert habe.

Fachbereichsleiter Memmen antwortet, dass das Parkhaus in der vorgesehen Größe von 350 Metern Länge und 70 Metern Breite gebaut werden könne. Die maximale Geschosshöhe liege bei 4 Ebenen. Das Bauwerk könnte in mehreren Abschnitten gebaut werden, genauso wie zunächst ebenerdige Stellplätze gebaut werden könnten.

Ratsherr Räth bemängelt, dass er die Wörter und die Bilder der Präsentation aufgrund der Entfernung nicht bzw. nur bedingt erkennen konnte. Er bittet noch um Auskunft zu Kompensationsflächen und zur Umnutzung der geplanten Hallen für Caravane.

Fachbereichsleiter Memmen erläutert, dass es keine Kompensationsflächen gäbe, die an diesem Geltungsbereich angrenzten und dass die Fläche in etwa auf Höhe des Hattermannsweges in südlicher Länge begrenzt sei. Bei der Hallennutzung gehe es darum, Wohnmobile und andere Fahrzeuge im Winter unterstellen zu können. Von der Offshore-Nutzung sei in gemeinsamer Abstimmung mit der Frisia Abstand genommen worden, um den Bedenken des Landkreises nachzukommen und die Genehmigungsfähigkeit nicht zu gefährden.

Beigeordneter Fuchs erklärt, dass das Projekt eine gewaltige Dimension habe. Die Politik käme nicht drum rum, diese beiden Tagesordnungspunkte positiv zu beschließen. Auf dem soeben gezeigten Plan sei ein Parkhaus mit 3.000 Stellplätzen angegeben. In der Fläche seien – ohne

ein Parkhaus – knapp 2.000 Stellplätze möglich. Zu Spitzenzeiten könnten alle Fahrzeuge nicht aufgenommen werden, was bedeute, dass man den Verkehr auch im Westen drin habe. Rat und Verwaltung hätten mit der heutigen Entscheidung alles getan, was sie tun konnten. Die Politik und die Stadt erfülle die Verträge. Er gehe davon aus und appelliere an die Frisia, dies auch zu tun, um dann die Möglichkeit zu bekommen, auf mittlere Frist die westlichen Flächen von Parkplätzen zu leeren und die Bedingungen, die für ein Nordseeheilbad erforderlich seien, zu erhalten. Das Erreichen des Status „Nordseeheilbad“ sei unmittelbar mit den Planungen verknüpft, warum man die Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes jetzt auch auf den Weg geben sollte.

Ratsherr Köther erklärt, dass die GRÜNEN grundsätzlich gegen Versiegelung seien, gleichwohl wäre seine Fraktion immer für diesen Standort für ein Parkhaus mit ein paar Tausend Parkplätze gewesen, weil der Ortskern dann von Fahrzeugen befreit würde, sich Gestaltungsmöglichkeiten böten und die Verkehre zu den Inseln sich insgesamt beruhigten, weshalb man auch den Landverbrauch in Kauf nehme. Nun habe man aber die Situation, dass das Parkhaus in seiner primären Konsequenz nicht beantragt sei. Es werde nur ein erster Schritt unternommen, der dazu führen könne, dass nur ebenerdige Parkplätze entstünden. Seine Fraktion habe Zweifel, dass dieses Parkhaus ernsthaft so gebaut werden solle, wie es der Politik in den Planungen vorgestellt worden sei. Seine Fraktion sei in ihrer Meinung gespalten. Er werde gegen diesen Antrag stimmen, um sein Misstrauen gegen die Fortsetzung der Planungen auszudrücken. Die Politik habe alle Beeinträchtigungen gegen den Naturschutz und den Landschaftsschutz geschluckt. Er erkenne ein Entgegenkommen der Frisia nicht, jetzt mit dem Parkhaus anzufangen und anschließend in die Fläche zu gehen. Genau das Gegenteil sei der Fall.

Beigeordneter Wiltfang erklärt, dass seine Fraktion diese Pläne immer unterstützt habe, weil es städtebauliche Ziele in Norddeich gebe, die man realisieren wolle. Das Misstrauen, das Ratsherr Köther anführe, könne er nicht teilen, weil zu keinem Zeitpunkt der Vertragspartner (die Frisia) von den ursprünglichen Planungen im städtebaulichen Vertrag Abstand genommen habe. Entscheidend sei, dass man die Ortsmitte entwickeln und die Verkehre dort herausführen wolle. In diesem Zusammenhang sei widersprüchlich, in einem anderen Gebiet die Verkehre wieder in den Ort hinein zu holen und an angrenzenden Baugebieten ein Parkservice zu errichten.

Der Rat beschließt:

- 1. Die Stellungnahme zu der in der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Zeit vom 19.11.2007 bis 21.12.2007 vorgebrachten Anregungen und der Abwägungsvorschlag dazu (s. Anlage 2) werden beschlossen.**
- 2. Nachträglich beschließt der Rat der Stadt Norden, die überarbeitete Fassung der 66. Flächennutzungsplanänderung mit Stand vom Juli 2008 zum Entwurf und beauftragt die Verwaltung, die erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.**
- 3. Die Stellungnahme zu der in der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Zeit vom 21.07.2008 bis zum 22.08.2008 vorgebrachten Anregungen und der Abwägungsvorschlag dazu (s. Anlage 3) werden beschlossen.**
- 4. Nach Überprüfung aller eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen beschließt der Rat der Stadt Norden aufgrund § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 40 NGO die Feststellung der 66. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden.**

Stimmresultat:	Ja-Stimmen:	30
	Nein-Stimmen:	1
	Enthaltungen:	0

zu 10 **Bebauungsplan Nr. 77, 1. Änderung und Erweiterung; Gebiet: Großparkplatz Ost; Abwägung, 2. Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden, Satzungsbeschluss 0623/2008/3.1**

Sach- und Rechtslage

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 26.04.2002 die Aufstellung der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 77 der Stadt Norden beschlossen.

Die Durchführungen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung als Bürgerversammlungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB haben am 07.06.2006 und am 05.12.2006. Die Unterrichtung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 23.11.2006 bis zum 15.12.2006.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte parallel in der Zeit vom 19.11.2007 bis zum 21.12.2007.

Die hierauf eingegangenen Stellungnahmen haben zwar zu keinen gravierenden Änderungen der Planung geführt, jedoch wurde der Umweltbericht aufgrund von Erkenntnissen aus anderen Bauleitplanverfahren um die Vorprüfung der Verträglichkeit hinsichtlich „Natura 2000“ (Umweltbericht Kap. 1.2.2.) erheblich ergänzt. Außerdem wurde das Fehlen des städtebaulichen Vertrages bei den Unterlagen der öffentlichen Auslegung vom 19.11.2007 – 21.12.2007 als Mangel erkannt.

Daher wurden die Auslegungen sowohl für die Änderung des Bebauungsplanes als auch des Flächennutzungsplanes, zusammen mit dem Städtebaulichen Vertrag erneut in der Zeit vom 21.07.2008 bis zum 22.08.2008 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die erneuten Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange haben ebenfalls zu der gleichen Zeit stattgefunden. Die hierauf eingegangenen Stellungnahmen haben zu einer Änderung in den textlichen Festsetzungen geführt: da die Nutzung „Abstellen von Frachtgütern“ nicht mit der Zweckbestimmung des Sondergebietes „Parkplatz“ vereinbar ist, ist sie aus der textlichen Festsetzung Nr. 1.3 b der Bebauungsplanänderung gestrichen worden. Weitere Planungsänderungen sind erforderlich gewesen.

Die Angelegenheit wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 9. beraten. Zu den einzelnen Wortbeiträgen siehe dort.

Der Rat beschließt:

- 1. Die Stellungnahme zu der in der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Zeit vom 19.11.2007 bis 21.12.2007 vorgebrachten Anregungen und der Abwägungsvorschlag dazu (s. Anlage 2) werden beschlossen.**
- 2. Nachträglich beschließt der Rat der Stadt Norden, die überarbeitete Fassung der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 77 mit Stand vom Juli 2008 zum Entwurf und beauftragt die Verwaltung, die erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.**
- 3. Die Stellungnahme zu der in der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Zeit vom 21.07.2008 bis zum 22.08.2008 vorgebrachten Anregungen und der Abwägungsvorschlag dazu (s. Anlage 3) werden beschlossen.**
- 4. In der textlichen Festsetzung Nr. 1.3 b der Bebauungsplanänderung (Zulässigkeit von Nutzungen im Sondergebiet SO3) wird die die Zulässigkeit „Abstellen von Frachtgütern (z.B. Container/Offshore)“ gestrichen.**
- 5. Nach Überprüfung aller eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen beschließt der Rat der Stadt Norden aufgrund § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 40 NGO die 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 77 der Stadt Norden als Satzung.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	30
	Nein-Stimmen:	1
	Enthaltungen:	0

zu 11 Bebauungsplan Nr. 126; Gebiet: Zwischen Hallenstr., Waldstr. und Bahnhofsstr.; Entscheidung über das Betreiberkonzept Parkservice der Fa. Hafen Logistik Norden Ltd. 0590/2008/3.1

Sach- und Rechtslage:

Bisherige Beschlusslage:

- Am **25.09.2001** wurde vom Rat in öffentlicher Sitzung die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 126 beschlossen.
- Am **09.06.2006 bzw. 15.06.2006** beschließt der Rat in öffentlicher Sitzung, in dem Bebauungsplan Nr. 126 mit seinen örtlichen Bauvorschriften gewerbliche und ggf. gemischte Bauflächen festzusetzen.
Des Weiteren wurde die Verwaltung beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
- Am **12.06.2008** wurde im Bau- und Umweltausschuss von der Fa. Hafen-Logistik Ltd. das Betreiberkonzept Parkservice vorgestellt.
Der Ausschuss nahm von dem vorgestellten Konzept Kenntnis.
Eine Entscheidung darüber, ob die geplante Nutzung in dem für das Gebiet aufgestellten Bebauungsplan Nr. 126 zugelassen werden soll, wurde noch nicht getroffen.

Die Gesellschaft für Lagereibetriebe mbH, die Eigentümerin einer Teilfläche mit Hallen im Plangebiet ist, teilte mit Schreiben vom **24.04.2006** mit, dass sie keine Notwendigkeit für die Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens sieht.

Informationsgespräche und Schriftverkehr mit den übrigen Grundstückseigentümern, u. a. Herrn Weerda, dem zweiten größeren Anteilseigentümer im Plangebiet, fanden ebenfalls mehrfach statt. Desweiteren hat sich im Laufe der planvorbereitenden Arbeiten ergeben, dass die Freifläche der Raiffeisen-Handelsgesellschaft aufgrund der vorrangegangenen Nutzungen unter Altenlastenverdacht steht und dieses evtl. Einfluss auf das übrige Plangebiet haben könnte.

Die Verwaltung ist weiterhin bemüht, unter Beachtung der Interessen der Eigentümer und unter Abwägung der zu beachtenden Belange die Planung und das Bauleitplanverfahren voranzutreiben.

Genehmigte Nutzung auf dem Hallengelände Weerda:

Am **29.11.2004** erteilte die Stadt Norden für die Nutzungsänderung der Hallen 2 und 3 die Baugenehmigung auf Widerruf u. a. mit folgenden Auflagen:

- Die mit diesem Bescheid genehmigte Nutzung umfasst ausschließlich das längerfristige (= mind. 4 Monate) Abstellen von Fahrzeugen (Boote, Wohnmobile, Wohnanhänger, Oldtimer und Fahrzeuge mit Saisonkennzeichen).
Das Abstellen z. B. von Urlaubsfahrzeugen ist auf dem gesamten Betriebsgelände unzulässig.
- Nicht Gegenstand dieser Genehmigung ist die Durchführung von Reparaturarbeiten, sowie umweltbelastende Pflegearbeiten.

Der Widerruf tritt ein, wenn die mit diesem Bescheid genehmigte Nutzung der städtebaulichen Entwicklung in diesem Bereich entgegensteht. Grundlage für diese Beurteilung und die Festlegung des Termins für den Widerruf bildet das zu gegebener Zeit durchzuführende Bebauungsplanverfahren. Der Widerruf tritt sofort ein, wenn von der Betriebsbeschreibung abweichende, nicht genehmigte Nutzungen auf dem Grundstück festgestellt werden. Desweiteren ist diese

Genehmigung mit sofortiger Wirkung zu widerrufen, wenn für die umgebene Wohnbebauung unzumutbare Belästigungen durch den Betrieb, oder dem Zu- und Abfahrtsverkehr zu dem Betriebsgrundstück festgestellt werden.

Betreiberkonzept:

Die Hafen-Logistik Norden Ltd. will mit ihrer „Insel-Logistik“ folgende Ziele erreichen:

1. Alternatives Park- und Serviceangebot für Langzeitparker außerhalb von Norddeich in unmittelbarer Umgebung der neuen Umgehungsstraße
2. Massiver Reduzierung des PKW-Verkehrs von und nach Norddeich
3. Erbringung eines qualitativen und hochwertigen „Haus-zu Haus“ Service für die Gäste der Insel Juist (Koffer, Fahrräder etc.)
4. Zubringerservice zum Fähranleger Juist/Norderney
5. Zubringerservice zum Flugplatz Norden

Für das Grundstück Hallenstraße, Flurstück 18/3 und 18/9 werden folgende Nutzungen beantragt:

- Entgegennahme, Verwahrung, Bewachung und Pflege von KFZ aller Art und Wohnmobilen
- Unterbringung der KFZ und Wohnmobile auf Freiflächen und in Hallen
- Bus-Shuttle der Gäste zum Flughafen und Hafen Norddeich Mole
- Abfertigung von Gepäck und Transport zum Flughafen und Hafen
- Winterstellplätze für Wohnwagen und Wohnmobile

Das Betreiberkonzept basiert auf Verträgen und Vereinbarungen mit Hotel-, Pension- und Ferienhausbuchern auf den Inseln, die zielgerichtet auf den Parkplatz 6 Km vor dem Hafen am Stadteingang geleitet werden sollen. Eine direkte Anfahrt von Gästen auf den Parkplatz ohne vorherige Vereinbarungen ist kaum zu erwarten, da sie den direkten Weg zum Hafen wählen und sich dort nach den vorhandenen Abstellmöglichkeiten richten.

Städtebauliche Beurteilung:

Städtebaulich ist aufgrund der benachbarten Wohnbebauung der Parkplatz mit seinen Begleiterscheinungen (u. a. störendes Türeschlagen, An- und Abfahren auch während der Abendstunden nach 22.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen als bedenklich einzustufen, auch wenn der Zubringer- und Abfahrtsverkehr über den neuen Zubringer direkt auf die Umgehungsstraße erfolgen soll. Fahrten durch die benachbarten Wohngebiete werden nicht zu vermeiden sein.

Vor dem An- und Ablegen der Fähren wird es zu vermehrten Verkehrsaufkommen und Aktivitäten auf dem Betriebsgelände kommen, wobei sich störende Motorengeräusche außerhalb und innerhalb der Hallen nicht vermeiden lassen.

Mit Aufnahme der beabsichtigten Nutzung in dem Bebauungsplan Nr. 126 würde man die derzeitige noch wohngebietsverträgliche genehmigte Nutzung verschlechtern, da vor allem die benachbarten Außenwohnbereiche (Gärten etc.) beeinträchtigt werden.

Desweiteren läuft man Gefahr, den seit kurzer Zeit aufwendig städtebaulich aufgewerteten Eingangsbereich Nordens durch das geplante Vorhaben zu beeinträchtigen. Ein großflächiger offener Stellplatz an dieser Stelle ist nicht mit dem vorhandene Ortsbild vereinbar.

Verkehrstechnische Beurteilung:

Verkehrstechnisch wurde bereits im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses zur Ortsumgehung Norden aus dem Jahre 2002 auf das Protokoll des Erörterungstermins Bezug genommen.

Entscheidend für die Planfeststellungsbehörde war u. a. seinerzeit bei der Abwägung zwischen Umgehungsstraße oder einem von zahlreichen Einwendern geforderten Großparkplatz südlich von Norden insbesondere der Gesichtspunkt, dass ein Großparkplatz dazu beitragen würde, dass die Wettbewerbsfähigkeit der ansonsten strukturschwachen ostfriesischen Region im Tourismus verschlechtert wird. Weder an der benachbarten niederländischen Küste mit den vorgelegerten Inseln, an der Ostsee noch an der übrigen Nordseeküste gibt es Notwendigkeiten, bis zum Erreichen des Ferienzies dreimal (zwangsweise) umzusteigen. Es darf nicht übersehen werden, dass der Gast neben dem Großparkplatz auch im Hafen Norddeich und noch einmal

im Hafen Norderney bzw. Juist umsteigen müsste. Diese anderweitig nicht vorkommenden Erschwernisse würden in erheblichem Maße zu einem Rückgang im Fremdenverkehr und damit zu einer weiteren Strukturschwäche im ostfriesischen Raum beitragen.

Die vorgenannten verkehrstechnischen Erörterungen beziehen sich zweifelsfrei auf eine Variante Großparkplatz vor den Toren Nordens **ohne** Umgehungsstraße.

Ein Parkplatz an der Hallenstraße einschließlich Umgehungsstraße würde jedoch die gleichen Probleme aufzeigen, denn das dreimalige Umsteigen bleibt.

Servicemäßig gesehen bringt ein Parkplatz an der Hallenstraße keine Verbesserung für den mit dem PKW anreisenden Gast.

Durch das Einrichten eines Parkplatzes an der Hallenstraße wird ein spürbarer Entlastungseffekt bezüglich des PKW-Verkehrs von und nach Norddeich aufgrund des vorhandenen hohen Gesamtverkehrsaufkommens nicht eintreten.

Baurechtliche- und Planungsrechtliche Beurteilung:

Zusammenfassend ist zu sagen, dass das geplante Vorhaben aus städtebaulicher Sicht negativ zu beurteilen ist. Die mit den geplanten Nutzungen einhergehenden Begleiterscheinungen und die dadurch auftretenden Beeinträchtigungen gegenüber der benachbarten Wohnbebauung sind bedenklich. Ebenfalls wird das Ortsbild an dieser Stelle Nordens nachhaltig beeinträchtigt, so dass man unter Abwägung aller Belange hier zu keiner positiver Beurteilung kommen kann. Im Bebauungsplan Nr. 126 ist entsprechendes festzusetzen und zu begründen.

Fachbereichsleiter Memmen stellt anhand eines Luftbildes das Gebiet vor, erläutert die bisherige Beschlusslage, die genehmigte Nutzung auf dem Hallengelände Weerda und den Antrag der Fa. Hafen-Logistik Norden. Die Verwaltung sehe in dem Betriebskonzept unter städtebaulichen Gesichtspunkten aufgrund der benachbarten Wohnbebauung einen klassischen Konflikt bei An- und Abfahrten nach 22.00 Uhr, so dass die Situation als bedenklich einzustufen sei. Es werde zu verstärkten Verkehrsbewegungen kommen, wenn es zur Fähre gehen solle, womit verstärkte Lärmbelastungen einhergingen. Mit der Aufnahme der beabsichtigten Nutzung durch die Fa. Hafen-Logistik würde die derzeit noch wohngebietsverträglich genehmigte Nutzung verschlechtert. Auch das Ortsbild im südlichen Stadteingangsbereich würde negativ beeinträchtigt. Aus baurechtlicher und planungsrechtlicher Beurteilung sei das Vorhaben negativ zu beurteilen.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Bent gibt Fachbereichsleiter Memmen Auskunft zur verkehrstechnischen Beurteilung und weist darauf hin, dass der Verkehr von der Umgehungsstraße entlang des Verschönerungsweges geführt werde. Anfangs sei von 2.000 unterzubringenden Fahrzeugen gesprochen worden. Später habe man von 1.000 Fahrzeugen gesprochen, was in etwa der Anzahl von PKW's auf dem westlichen Großparkplatz entspreche. Die Verkehrsmengen müssten genauso untersucht werden, wie ein Lärmschutzgutachten bezüglich der angrenzenden Wohnbebauung notwendig sei. Das nicht durch die nördlichen Wohngebiete gefahren werde, könne durch bauliche Maßnahmen wie auch durch Festsetzungen im Bebauungsplan geregelt werden.

Beigeordneter Wiltfang erklärt, dass die vielen Einwohner der Ratssitzung beiwohnen würden, weil sie mit der hier ablaufenden Politik nicht mehr einverstanden seien. Es gebe eine fundierte Expertenmeinung, dass die beabsichtigte Planung aus städtebaulicher Sicht nicht zu befürworten sei. Entweder ignoriere die ALLIANZ dieses komplett oder sie meine, schlauer zu sein, als alle anderen. Auch seien viele Bürgerinnen und Bürger heute anwesend, die mit der Kindergartenpolitik nicht einverstanden seien bzw. noch Antworten auf ihre Fragen zum Siedlungsweg benötigten. Es habe Unterschriftenaktionen zur Windenergie in Ostermarsch, zum Südeingang und jetzt zum Parkservice gegeben. In Norden sei man mit vielem nicht mehr einverstanden. Die ALLIANZ fordere er auf, die Art und Weise ihrer Politik zu überdenken. Das die Norderinnen und Norder nicht mal mehr ihr eigenes Stadtfest feierten, sei schon ein deutliches Signal. Seine Fraktion habe diese Planungen von Anfang an abgelehnt. Die Allianz spreche mit doppelter Zun-

ge. Gerade sei noch gefordert worden, die Verkehre müssten aus der Ortsmitte heraus, hier werde gefordert, die Verkehre wieder in die Ortsmitte hinein zu bringen. Dies sei absolute Beliebigkeit. Ihm stelle sich die Frage, warum der Bauausschuss mit Mehrheit, die ALLIANZ selbst und die GRÜNEN dieses Vorhaben befürworteten. Er sehe nicht, dass weniger Autos durch Norden fahren. Die Touristen, die nach Norddeich wollten, würden ihr Auto nicht 6 km vor dem Zielort abstellen, sondern nach Norddeich fahren. Dann würden die Fahrzeuge wieder zurück gebracht, so dass mit erhöhten Verkehr in Norden zu rechnen sei. Warum man in weitere Untersuchungen, die dem Investor Geld kosteten, einsteigen wolle, um anschließend vielleicht doch zu dem Ergebnis zu gelangen, dass das beabsichtigte Vorhaben nicht verträglich sei, könne er nicht nachvollziehen.

Ratsherr Julius bittet Fachbereichsleiter Memmen um Auskunft, wie die Aussage zu verstehen sei, dass die Anbindung „über den Verschönerungsweg“ verlaufe. Er meine, dass der Verschönerungsweg mit seinen Bäumen links und rechts erhalten bleibe und die Fahrbahn westlich davon verlaufe.

Fachbereichsleiter Memmen bestätigt anhand einer Übersichtskarte die vom Ratsherrn Julius geäußerte Auffassung.

Ratsherr Köther erklärt, dass seine Fraktion immer die Problematik kontaminierter Flächen angesprochen habe. Wenn kontaminierter Boden beseitigt werden müsse, dann müsse er beseitigt werden, ob es den betroffenen Leuten nun passe oder nicht. Eine evtl. Kontaminierung müsse geprüft und ggf. die Verursacher ermittelt werden, wie dann auch Regressmöglichkeiten zu prüfen wären. All dieses habe im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens zu geschehen. Die Vorstellung, den Inselverkehr bereits vor Norddeich abzufangen, sei eine alte Forderung der GRÜNEN. Zwar favorisiere man Leegemoor, aber überwiegend sei der Parkservice für die Juist-Urlauber gedacht. Die Gefahr, dass mehr Autos nach Norddeich fahren, sehe er auf keinen Fall. Der Verkehr solle aus der Stadt ferngehalten werden. Die Stadt brauche Parkplätze, Parkplätze und nochmals Parkplätze von unterschiedlichen Anbietern in Norden und Norddeich, die erschwinglich und preiswert seien. Es werde ein Nachfragemarkt an Parkplätzen und kein Anbietermarkt durch Verknappung von Parkplätzen benötigt. Auf jeden Fall müsse ein Parkplatzmonopol verhindert werden. Bei der beantragten Fläche handele sich um eine versiegelte Fläche in einem Gewerbegebiet. Das Ortsbild von der Bahnhofstraße aus gesehen würde durch ein Parkservice in keiner Weise beeinträchtigt. Was das populistische Gebahren des Beigeordneten Wilffang anbelange, so antworte er darauf, dass Gesellschaft darin bestehe, sich gegenseitig etwas zuzumuten, wobei der Zumutende gleichwohl anders über die Ernsthaftigkeit der Zumutung denke, als derjenige, dem etwas zugemutet wird. Ihm als Ratsmitglied und dem Rat selbst werde zugemutet, als Sachwalter unterschiedlicher Interessen in dieser Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen. Auf jeden Fall finde er es sehr schön, wenn ab und zu eine Verwaltungsvorlage von der Politik einmal anders entschieden werde. Dies werte er als ein Zeichen lebendiger Politik. Trotz aller negativen Kommentare spreche sich seine Fraktion für das Konzept und für den Antrag der Parkservicebetreiber aus.

Ratsherr Klaffke erklärt, dass die Allianz anderer Meinung sei als die Verwaltung. Das Stadtbild verändere sich durch den Parkservicebetrieb in keinsten Weise. Das Grün entlang der Bahnlinie verdecke die vorgesehenen Flächen für die PKW's vollständig. Aus nördlicher Sicht werde in der Hallenstraße/Molkereistraße ein Zaun errichtet, so dass eine Durchfahrt durch die nördlichen Wohngebiete ausgeschlossen sei. Eine Zufahrt gebe es nur über den Zubringer von der Umgehungsstraße aus. Jedes Fahrzeug, das aus der Umgehungsstraße heraus gezogen werde, sei ein gewonnenes Fahrzeug. Die Interessen der Gäste seien auch zu berücksichtigen. Den Service, den die Fa. Hafenlogistik anbieten wolle, gebe es in keinem anderen Küstenort, nämlich dem Gast das Gepäck abzunehmen und es ihm auf Juist im Hotel wieder auszuhändigen. Gleichzeitig sei die Fa. Hafenlogistik bereit, das Auto zu einem bestimmten Service (DEKRA, TÜV) zu bringen. Dies sei ein nicht zu unterschätzender Service. Eine Waschanlage werde nicht gebaut. Die Autos fahren über die Umgehungsstraße. Anwohner würden nicht gestört. In der Hochsaison seien nach seiner Kenntnis abends nach 21.00 Uhr nur drei Fähren abzufertigen.

Das Gelände sei für den Zweck ideal, da die Annahmestelle zwischen den beiden Hallen liege, so dass kein Schall nach Außen dringen könne. Den Anwohnern wolle er noch sagen, dass im Falle der Schaffung eines Wohngebietes richtig Verkehr in die Wohngebiete hineingetragen würde. Ein Zaun würde die Gebiete abtrennen. In die Anwohnergebiete hinein zu fahren, sei nicht möglich. Mit einer evtl. Genehmigung seien Auflagen verbunden, um die Anwohner im angrenzenden Baugebiet zu schützen. Es entstünden beim Parkservice auch ein paar Arbeitsplätze. Die Allianz teile die Überzeugung der Verwaltung nicht und werde für den Antrag stimmen.

Beigeordneter Fuchs bezeichnet den Wortbeitrag des Beigeordneten Wiltfang als „Fensterrede“ und erklärt, dass es nicht redlich sei, diese Sache mit dem Stadtfest und sonstigem zu verquicken. Hier sollte über die Details gesprochen werden, um die es gehe. Beigeordneter Wiltfang habe von Expertenmeinung gesprochen. Dies sei interessant, weil die Allianz nun ausnahmsweise mal nicht dem Verwaltungsvorschlag folge. Normalerweise sei es immer umgekehrt und die SPD-Fraktion mache die Bürgermeisterin, den Ersten Stadtrat Eilers, die ALLIANZ oder die Verwaltung zum Buhmann. In diesem Fall passe es anscheinend besser, der Expertenmeinung zu folgen. Die Allianz folge dieser Expertenmeinung ebenfalls zu großem Teile, jedoch habe man die grundsätzliche Befürwortung an bestimmten Bedingungen geknüpft. Dieses Gebiet, das durch die Bahn vorbelastet sei, mit dem Ortskern von Norddeich zu vergleichen, - so wie Beigeordneter Wiltfang es tue - sei weit weit hergeholt. Wenn an dieser Stelle ein Wohngebiet entstünde, würden ganz andere Verkehre durch die Wohngebiete fließen. Man sage nicht einfach „Ja“. Die Zustimmung sei an bestimmte Bedingungen geknüpft. Es bestehe die Verpflichtung, den Antrag des Investors zu prüfen. Beachtet werden müsse, dass die Autoannahme direkt beim Parkserviceunternehmen in der Hallenstraße erfolge. Eine Annahme am Norddeicher Hafen solle unterbleiben. Der Shuttle-Service zum Verbringen von Personen zur Fähre und zum Hotel sei eine besonders zu beachtende Servicequalität. Ganz wichtig sei, dass der Parkservicebetrieb zur Wohnbebauung hin geschlossen sei. Bei der Anwohnerversammlung, die vom Ortsvorsteher einberufen und letztlich von der SPD durchgeführt worden sei, sei den Bürgern zugerufen worden, dass wenn sich dort ein Tor befinde, dieses offen sei. Er finde diese Art und Weise nicht in Ordnung. Wenn das Tor tatsächlich aufstehen sollte, würden die Anlieger sofort rufen, das Tor zu schließen. Der Betrieb könne nur von der Umgehungsstraße angefahren werden. Natürlich müsse geprüft werden, ob der Betrieb eines Parkserviceunternehmens zu großen Lärm verursache. Deshalb sei ein Lärmschutzgutachten notwendig. Wenn das Gutachten hergebe, dass es nicht ginge, dann ginge es nicht. Geprüft werden müsse es allerdings. Außerdem müsse die Geschwindigkeit herabgesetzt und sichergestellt werden, dass es vor Ort keine Waschanlage und keine Reparaturdienste gebe, obgleich Fachbereichsleiter Memmen solche Tätigkeitsfelder als sinnvoll erachte. Der Betreiber wolle aber von sich aus einen derartigen Betrieb nicht. Geprüft werden müsse auch, ob der Investor auch tatsächlich finanziell in der Lage ist, das, was er vorhabe, umzusetzen. Sei dies nicht der Fall, dann könne man es nicht genehmigen. Der Betrieb solle und könne auch erst dann genehmigt werden, wenn die Umgehungsstraße fertig gestellt sei. Vorher passiere dort gar nichts. Dann müsste die Zuwegung der ankommenden Verkehre über ein Mengengutachten geprüft werden. Nach seiner Kenntnis würden im Jahr an fünf Tagen Fähren in Norddeich nach 21.00 Uhr ankommen. Der Antrag sei zu prüfen und an Bedingungen zu knüpfen. Danach sei zu entscheiden.

Ratsherr Bent erklärt, dass die Bürgermeisterin bei der Übergabe der Unterschriftenliste den Anwohnern Hoffnung gemacht habe, diese nun allerdings enttäuscht seien. Über 200 Bürger hätten aus Sorge um ihr Wohngebiet eine Unterschriftenliste gegen die Ansiedlung des Parkservicebetriebes bei der Bürgermeisterin abgegeben. Wenn Beigeordneter Fuchs davon spreche, dass der Betreiber zugesagt habe, dass eine Waschanlage nicht komme, dann müsse er ihm das Betreiberkonzept entgegenhalten, worin stehe, dass ein Servicebetrieb, ein Reparaturbetrieb und eine Waschanlage vorgesehen sei. Der SPD-Fraktion sei nicht bekannt, dass diese Bereiche nicht angesiedelt werden sollen. Von Seiten der Allianz sei im Bauausschuss von nördlicher Seite ganz deutlich eine Pforte gefordert worden, wenn die Feuerwehr und das THW einen Einsatz hätten. Wenn dort schon eine Pforte eingebaut werde, dann werde diese seiner Meinung nach auch geöffnet. Die Leute hätten Sorge, dass der Verkehr in die Wohngebiete

hinein dränge. Die Verwaltung habe ganz klar eine verkehrstechnische Beurteilung abgegeben, wonach durch die Errichtung eines Parkplatzes an der Hallenstraße eine spürbare Entlastung des PKW-Verkehrs nicht eintreten werde. Was der Antragsteller in der Bürgerversammlung vorgestellt habe, bezeichne er als einen „Luftballon“. Das Gebiet könne nicht so liegen bleiben, selbstverständlich müsse etwas geschehen. Sachlich und nicht emotional müsse an die Sache herangegangen werden. Der Eigentümer der Flächen habe ein Recht, dass hier etwas passieren und geplant werden müsse. Dafür sei die Politik auch verantwortlich. So, wie das Gelände jetzt daliege, könne es nicht weitergehen. Eine Blechlawine an diesem Ort und an dieser Stelle halte die SPD-Fraktion nicht für geeignet. Wenn an dieser Stelle ein Baugebiet entstehen sollte, könnte man Verkehre durch die Molkereistraße verhindern. Inhaltlich müsse an dieser Stelle etwas besseres als dieses Konzept gemacht werden. Auswärtigen Investoren werde in Norden ein goldener Teppich gelegt.

Ratsherr Klaffke antwortet, dass die Allianz die Bedenken der Anwohner sehr ernst nehme. Bei den vorliegenden Planungen und den Bedingungen der Allianz könne ein Schleichverkehr durch das Wohngebiet nicht erfolgen.

Ratsherr Köther möchte von der SPD-Fraktion wissen, welche Vorstellungen sie für dieses relativ „schrottige“ Gelände neben der Bahn habe. Einen halbwegs funktionierenden Parkservice könne er sich dort vorstellen.

Ratsherr Klaffke weist darauf hin, dass die Bürgermeisterin bei Abgabe der Unterschriftliste den Bürgerinnen und Bürgern gesagt habe, dass sie empfehle, sich gegen den Antrag der Parkservicebetreiber zu entscheiden, das letzte Wort jedoch die Politik habe.

Die Bürgermeisterin äußert sich überrascht, dass Beigeordneter Wilfgang der Stadtverwaltung in diesem Fall tatsächlich eine fundierte Expertenmeinung zugestehende. Ansonsten sei die Stadtverwaltung die Institution – und insbesondere seitdem sie sie führe –, die Inkompetenz zeige. Die Briefe, die sie vom Beigeordneten Wilfgang täglich erhalte, verdeutlichten diese Haltung. Offensichtlich hänge das Ansehen der Verwaltung tatsächlich von der politischen Opportunität ab. Dort, wo es mal passe, sei die Verwaltung angesehen, ansonsten eben nicht. Sie habe das Gefühl, dass die SPD-Fraktion nicht so sehr auf die fundierte Expertenmeinung wert lege, sondern sich in besonderem Maße dem vermeintlichen Bürgerinteresse widme. Die SPD-Fraktion bediene eine Haltung, die man von der Politik oft erlebe. Es gebe immer Bürger, die von der ein oder anderen Entscheidung in besonderem Maße betroffen seien. In der Einwohnerfragestunde habe sie gut beobachten können, dass einige Menschen ihre Interessen zu den Kindertagesstätten, zum Siedlungsweg und jetzt hier in Süderneuland formulierten. Dies sei ihr gutes Recht und es sei gut so. Die Ratsmitglieder seien gefordert, hiermit sorgsam umzugehen, die Argumente abzuwägen und sie im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger Nordens richtig einzuordnen. Sie habe den Verdacht, dass die SPD-Fraktion sich in der Debatte von einem guten Stück Populismus leiten lasse. Mit Respekt vor der Expertenmeinung der Verwaltung habe dies nichts zu tun. Sie sei in ihrer Funktion als Bürgermeisterin und Mitglied der Allianz zwiesgespalten. Auf der einen Seite vertrete sie ganz bewusst und wissentlich die Verwaltungsmeinung und gebe diese in die politische Beratung. Dann müsse sie ertragen, was die Politik in der Debatte aus dieser Expertenmeinung mache. In diesem Falle müsse sie zur Kenntnis nehmen, dass ihre ALLIANZ ihrem Vorschlag nicht folge. Egal wie sie abstimme, ob sie ihre eigene Verwaltungsmeinung vertrete oder der politische Meinung der ALLIANZ folge, die SPD-Fraktion werde das ein oder andere Argument heranziehen, um sie entweder als Verwaltungsvorstand oder als politisches Mitglied der Allianz zu diskreditieren. Sie werde ganz bewusst und ganz vernünftig in dieser Sache abstimmen. Man müsse innerlich zu dem stehen können, wofür man hier den Finger hebe. Den Besuch der Bürgerinnen und Bürger mit der Überreichung der Unterschriftenliste habe sie mit großer Freude entgegen genommen. Selbstverständlich habe sie die Verwaltungshaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht. Die SPD-Fraktion dramatisiere etwas, wo es gar nichts zu dramatisieren gäbe. Hier finde Gott sei Dank eine ganz normale politische Debatte statt.

Ratsfrau Wilts-Rocker erklärt, dass man soeben von der Bürgermeisterin den obligatorischen Oberlehrerbeitrag gehört habe. Sie könne die Argumente für dieses Vorhaben überhaupt nicht nachvollziehen. Es sei für sie ein einziger Schildbürgerstreich. Seit fünfzig Jahren kämpfe die SPD für diese Umgehungsstraße, um die Autos aus der Stadt heraus zu halten. Jetzt habe man bald die Umgehungsstraße und hole sich mit diesem Vorhaben die Autos wieder in die Stadt hinein. Das sei für sie Absurdistan.

Beigeordneter Wimberg erklärt, dass es hier um viel mehr als um die Sache gehe. Persönlich erkläre er, dass für ihn die ganze Sache etwas mit dem Selbstverständnis von Politik zu tun habe. Die Bürgermeisterin könne der SPD-Fraktion als Oppositionspartei nicht Anpassung vorwerfen. Der wohlgemeinte Populismus, der seiner Fraktion von der Bürgermeisterin unterstellt werde, gehöre für ihn in der Kommunalpolitik dazu, da die Politik verpflichtet sei, sich die Sorgen der Bürger anzuhören. Zur Polemik, die SPD-Fraktion würde Verwaltungsmeinung grundsätzlich nicht hören, könne er nur antworten, dass die SPD-Fraktion rund ¾ der Beschlüsse, die durch die Verwaltung vorgetragen würden, mittrage. Diese Unterstellung sei Quatsch. Seine Fraktion gehöre im Rat der Stadt Norden nicht zur politischen Mehrheit. Als Opposition dürfe sie den Finger in die Wunde legen. Er wohne in Süderneuland und bekomme gut mit, was für Lärmbelastungen von der Bahnhofstraße ausgingen. Wenn er dort ein Haus hätte, hätte er Angst vor diesem Vorhaben. Auch Gutachten würden die Bürger von ihren Bedenken nicht abbringen.

Ratsfrau Albers möchte von der SPD-Fraktion wissen, was für Alternativplanungen sie für dieses Gelände vorschläge. Hier handele es sich um ein Gewerbegebiet und ein Mischgebiet. Sie könne sich vorstellen, dass es durchaus belastendere Vorhaben für dieses Gebiet gebe. Sie möchte konkret wissen, welche Form der Überplanung die Bürger und auch die SPD-Fraktion wünschsten.

Ratsfrau Schmelzle erklärt, sich lange mit dieser Thematik beschäftigt zu haben. Zunächst habe sie auch Beeinträchtigungen befürchtet, gleichwohl seien die zu beachtenden Belange für eine Genehmigungsfähigkeit sehr hoch. Jetzt bestehe die Möglichkeit, ein Anliegen für dieses Gebiet zu prüfen, für das keine besseren Alternativvorschläge vorlägen. Sie interessiere noch die Länge des Zubringers, wie hoch die Kosten seien und wer die Kosten trage. Das Argument der SPD-Fraktion, es würden Autos in die Stadt geholt, stimme nicht, da es sich bei dem Gebiet um eine Stadtrandlage handele, weshalb ein Vergleich mit der Ortsmitte Norddeichs nicht gezogen werden könnte.

Beigeordneter Wiltfang erklärt auf die Frage der Ratsfrau Albers, welche Nutzungen sich die SPD-Fraktion und die Einwohner in diesem Gebiet vorstellen könnten, dass die Einwohner froh wären, wenn sie neue Nachbarn bekämen. Seine Fraktion könne sich vorstellen, dass dort eine Wohnbebauung stattfinde. Erforderlich dafür wäre aber, dass bei einer evtl. Kontaminierung der Boden ausgetauscht werde. Er verfolge aus städtebaulicher Sicht eine sinnvolle Nutzung. Den Vorwurf, dass er die Verwaltungsmeinung suche oder kritisiere, wie es ihm gerade passe, weise er entschieden zurück.

Ratsherr Bent erklärt, dass die Süderneuländer Einwohner nicht gerne von Blechlawinen umrandet werden wollten. Wenn die Verwaltungsvorlage jetzt so von der ALLIANZ-Mehrheit beschlossen würde, könnten Alternativvorschläge mit besserer Wohn- und Nutzungsqualität nicht mehr erfolgen. Die ALLIANZ habe dann mit ihrer Mehrheit die entstehenden Blechlawinen zu verantworten.

Der Rat beschließt:

Für den sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 126 mit seinen festzusetzenden gewerblich genutzten und ggf. gemischten Bauflächen wird die Umsetzung des Betreiberkonzeptes Parkservice der Fa. Hafen-Logistik Norden Ltd. im Bereich der Hallenstraße (Gelände Weerda) unter Abwägung der zu beachtenden Belange grundsätzlich befürwortet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	18
	Nein-Stimmen:	13
	Enthaltungen:	0

**zu 12 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143V "Großer Krug"; 1. Änderung des Vorhabendurchführungsvertrages
0593/2008/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 15.04.2008 den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 143V „Großer Krug“ als Satzung beschlossen.

Gegenstand der Planung sind die Erweiterung eines bestehenden Hotels und die Erstellung eines Motorcaravanplatzes, für diesen ist vom Vorhabenträger bereits ein Bauantrag eingereicht worden. Bei der Bearbeitung dieses Bauantrages wurde vom Brandschutzbeauftragten des Landkreises Aurich festgestellt, dass die geplante Stellplatzanlage nicht, wie erforderlich, den Vorgaben der Niedersächsischen Campingplatzverordnung entspricht. Insbesondere verfügten die Aufstellplätze in ihrer Mehrheit nicht über die Mindestgröße von 70 qm, und es fehlen Brandgassen im Bereich der Aufstellplätze.

Diese beiden Änderungen sind vom Architekten des Vorhabenträgers nunmehr in die Planung eingearbeitet worden. Dadurch sind die im Vorhaben- und Erschließungsplan dargestellten Motorcaravanstellplätze von ursprünglich 50 Stck. auf nunmehr 35 Stck. reduziert.

Damit die Bauantragsunterlagen dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 143V entsprechen, ist der dazugehörige Vorhaben- und Erschließungsplan zu ändern und als Änderung des Vorhabendurchführungsvertrages zu beschließen. Da außer Anzahl und dem Zuschnitt der einzelnen Stellplätze sich am Vorhaben- und Erschließungsplan nichts ändert, er hinsichtlich der Grundstücksausnutzung hinter den Vorgaben des ersten Vorhaben- und Erschließungsplanes zurückbleibt und der vorhabenbezogene Bebauungsplan unberührt bleibt, ist keine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange erforderlich.

Mit der Änderung des Vorhabendurchführungsvertrages ist ausreichend dokumentiert, dass das geplante Bauvorhaben der zugehörigen Bauleitplanung entspricht.

Der Rat beschließt:

Der Rat der Stadt Norden stimmt der 1. Änderung des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 143V „Großer Krug“ zu.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	29
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	0

**zu 13 72. Änd. des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Ad-dinggaster Tief, Südring und Leegemoorweg -Photovoltaik-; Aufstellungsbeschluss
0619/2008/3.1**

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

- zu 14 **Bebauungsplan Nr. 152 der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addingaster Tief, Südring und Leegemoorweg -Photovoltaik-; Aufstellungsbeschluss 0620/2008/3.1**

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

- zu 15 **Bebauungsplan Nr. 57d "Nordöstlich Siedlungsweg"; Antrag zur Planänderung 0582/2008/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 26.05.2008 hat die Stadt Norden Frau Schmeken-Arnold und Herrn Arnold mit geteilt, die an der südöstlichen Grenze ihres mit einer Doppelhaushälften bebauten Grundstückes „Auf der Koppel“ Nr. 7b befindliche Blockhütte entspräche nicht den Festsetzungen des hierfür geltenden Bebauungsplanes Nr. 57d und solle an einen anderen Standort des Grundstückes versetzt werden. Grund für dieses Erfordernis ist der Umstand, dass aufgrund des § 8 der textlichen Festsetzungen der Bauwisch von Gebäuden freizuhalten ist.

Mit Schreiben vom 06.06.2008 beantragen Frau Schmeken-Arnold und Herr Arnold u.a. eine Änderung des Bebauungsplanes dahingehend, dass der § 8 „Bauwisch“ entfällt.

Ihr Antrag wird damit begründet, dass eine Beseitigung oder Versetzung der betroffenen Holz- hütte unverhältnismäßig sei, da sie bereits seit 9 Jahren an dem Standort stünde und weder von den Nachbarn noch von der Stadt Norden bisher beanstandet worden wäre. Zudem wür- de ein Versatz der Hütte auf dem Grundstück dessen Nutzung beeinträchtigen und würde auch für die Nachbarn der Doppelhaushälfte Nachteile bewirken. Schließlich müsse befürchtet werden, dass die Hütte aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht mehr versetzt werden könne son- dern ersetzt werden müsse, was einen unverhältnismäßigen Schaden bedeuten würde.

Nach Auffassung von Frau Schmeken-Arnold und Herrn Arnold solle der Bebauungsplan hin- sichtlich der „Bauwisch“-Festsetzung auch deswegen geändert werden, weil insgesamt 11 Grundstückseigentümer betroffen seien und man diese unbilligen und unverhältnismäßigen Maßnahmen verhindern solle.

Die Tatsache, dass in diesem Gebiet gehäuft gegen die „Bauwisch“-Festsetzung des Bebau- ungsplanes verstoßen worden ist, stellt nach Auffassung der Verwaltung keine Begründung für die Erforderlichkeit der Bebauungsplanänderung dar. Vielmehr ist das Ziel der Festsetzung, eine dem Wohngebiet adäquate lockere Bebauung zu erreichen und das Erscheinungsbild einer Kettenhausbebauung zu vermeiden, auch aktuell für das städtebauliche Erscheinungsbild gleichermaßen richtig und wichtig.

Unverhältnismäßig wäre es vielmehr, diese Festsetzung in diesem einen Bebauungsplan zu än- dern und ihn in allen übrigen vergleichbaren Bebauungsplänen der letzten 15 Jahre der Stadt Norden zu belassen. Da sich zudem die textliche Festsetzung „Bauwisch“ insgesamt bewährt und zu einem aufgelockerten Erscheinungsbild der Norder Wohngebiete beigetragen hat, empfiehlt die Verwaltung, den Antrag von Frau Schmeken-Arnold und Herrn Arnold auf Ände- rung des Bebauungsplanes Nr. 57d abzulehnen.

Der Rat beschließt:

Der Antrag von Frau Angela Schmeken-Arnold und Herrn Günther Arnold, den Bebauungsplan Nr. 57d zu ändern, wird abgelehnt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 16 **Bebauungsplan Nr. 23, 4. Änderung mit örtlichen Bauvorschriften; Gebiet: Gewerbestraße (Lidl); Aufstellungsbeschluss 0624/2008/3.1**

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

zu 17 **Ausbauplan Siedlungsweg 0639/2008/3.3**

Sach- und Rechtslage:

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses der Stadt Norden vom 15.05.2008 wurde die Entwurfsplanung zur Erneuerung des Siedlungsweges in Form von vier Ausbauentwürfen ausführlich durch den Fachbereich 3 der Stadt Norden vorgestellt (siehe Vorlage-Nr. 0527/2008/3.3). Anhand der Vorberatungen im Bau- und Umweltausschuss hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Norden in seiner Sitzung am 22.05.2008 über den Ausbauplan „Erneuerung Siedlungsweg“ folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Verwaltungsausschuss nimmt die vier Ausbauentwürfe über die Erneuerung der Straße „Siedlungsweg“ zur Kenntnis und beschließt die Planunterlagen in den Diensträumen des Fachbereichs 3 auszulegen, um betroffene Anlieger die Möglichkeit zur Einsicht in den Plänen zu geben.

Um möglichst noch eine endgültige Entscheidung über den Ausbau des Siedlungsweges in diesem Jahr zu erhalten und die geplante Baumaßnahme im nächsten Jahr beginnen zu können, hat der Fachdienst 3.3 der Stadt Norden am 21.06.2008 eine Bekanntmachung in den Tageszeitungen veröffentlicht. Laut dieser Bekanntmachung hatten betroffene Anlieger die Möglichkeit, den Ausbauplan in der Zeit vom 23.06.2008 bis zum 11.07.2008 einzusehen und ggf. Wünsche und Anregungen zu äußern. Zur Entscheidungsfindung für eine der Varianten wurde eine Einsichtsliste ausgelegt, in der unter der Spalte „Variante“ die Wunschvariante des jeweiligen Anliegers eingetragen werden konnte. Die Einsicht in die Pläne wurde von insgesamt dreizehn Anliegern des Siedlungsweges wahrgenommen. Nach Auswertung der Einsichtsliste sprachen sich neun Anlieger für die Erneuerung des Siedlungsweges nach der **Ausbauvariante A1** aus während die restlichen vier Anlieger keine Angaben über eine Wunschvariante gemacht haben.

Am 09.09.2008 wurde auf Wunsch der Anlieger im SSV-Heim Süderneuland eine Anliegerversammlung für die betroffenen Grundstückseigentümer des Siedlungsweges durchgeführt. Den ca. 40 anwesenden Anliegern wurde die geplante Baumaßnahme ausführlich erläutert und die beitragsrechtliche Situation dargestellt. In der von Herrn Memmen geleiteten und mitunter lebhaft geführten Veranstaltung konnten eine Vielzahl von Fragen beantwortet und Anregungen aufgenommen werden. Grundsätzlich wurden inhaltlich keine wesentlichen Bedenken bzw. Änderungswünsche zur Planung vorgetragen. Zum Ende der Veranstaltung wurden die Varianten zur Abstimmung gestellt, wobei jeder Grundstückseigentümer nur eine Stimme abgeben konnte. Die überwiegende Mehrheit der Grundstückseigentümer (25 Stimmen) sprachen sich für die **Ausbauvariante A1** aus während eine kleine Anliegergruppe (5 Stimmen) die Erneuerung des Siedlungsweges nach der Ausbauvariante A2 favorisiert.

Als Ergebnis dieser beiden durchgeführten Bürgerbeteiligungsverfahren ist festzustellen, dass die Mehrheit der Anlieger des Siedlungsweges sich für die Erneuerung des Siedlungsweges nach der **Ausbauvariante A1** entschieden haben, die im folgendem nochmals kurz beschrieben wird.

Es ist geplant, die Fahrbahnbreite des Siedlungsweges grundsätzlich in einer Regelbreite von 5,50 m zwischen den Bordsteinen auszubauen. Diese Fahrbahnbreite reicht aus, um bei verminderter Geschwindigkeit (< 40 km/h) den Begegnungsfall Lkw/Lkw oder eine langsame Umfahung eines parkenden Pkws mit dem Gelenkbus durchführen zu können.

Es bleibt bei einem einseitigen Gehweg auf der Westseite. Der Gehweg soll in einer Standardbreite von 1,60 m hergestellt und mit rotem Betonrechteckpflaster ausgepflastert werden. Die Fußgänger werden, auch im Sinne einer optimierten Schulwegsicherung, durch den Neubau eines höher liegenden Gehweges besser geschützt und somit sicherer geführt. Neu errichtet wird ein Gehweg zwischen der Wurzeldeicher Straße und dem Parkplatz vor der Grundschule. Dort ist derzeit eine Lücke im Geh- bzw. Schulwegnetz vorhanden, die im Rahmen der Erneuerungsmaßnahme geschlossen wird.

Zur Bildung von Abschnitten in dem geradlinigen Verlauf der Straße und zur Einbringung geschwindigkeitsmindernder Elemente sind jeweils drei Aufpflasterungen geplant. Mit Rücksichtnahme auf den Busverkehr und dem Rettungsdienst sollen diese Flächen nur „leicht“ angehoben (ca. 8 – 10 cm) und mit einer flachen Anrampung versehen werden. Die Befestigung der Fahrbahn erfolgt mit grauen Betonsteinen, die durch quadratische Flächen aus roten und anthrazitfarbenen Betonrechtecksteinen sowie durch Einzelflächen mit rauem Natursteinpflaster unterbrochen wird, um eine zusätzliche optisch bremsende Wirkung zu erzielen.

Die Straße erhält durch die großzügige Anpflanzung von Bäumen einen Alleecharakter welches ebenfalls zu einer Reduzierung der Geschwindigkeit führen wird. Die Bäume sollten als mittel- bis großkronige Bäume ausgewählt werden und sind in einem Abstand von 15 bis 20 m wechselseitig angeordnet.

Die vorhandenen Beleuchtungsanlagen sind veraltet und entsprechen hinsichtlich ihrer Abstände nicht den geltenden Richtlinien. Im Rahmen der geplanten Erneuerungsmaßnahme werden die vorhandenen abgängigen Beleuchtungskörper durch Straßenlampen des Typs AEG-Rondolux ersetzt bzw. an einigen Stellen neu gesetzt.

Ratsherr Hinrichs erklärt, dass über den Siedlungsweg drei Baugebiete mit rund 150 Häusern erschlossen worden seien. LKW's hätten über Jahre hinweg dort Krach und Dreck gemacht und für Versackungen gesorgt. In den 90ziger Jahren hätten sich die Bürger mal dagegen gewehrt und ihnen sei Hilfe zugesagt worden. Geholfen worden sei jedoch nicht. Nun erschließe man die Straße neu und ziehe die Anwohner zur Zahlung heran. Man habe vor, die Straße zu einer Allee zu machen. Die Kosten dafür wolle man den Bürgern aufdrücken. Wenn man Alleen machen wolle, finde er es gut, aber dann sei es Sache der Stadt und nicht der Anlieger. Daher stelle er den Antrag, die Begründung für diese Straße extra zu entscheiden. Die geplanten 52 Bäume seien ein bisschen viel, weil die Gärten im Siedlungsweg links und rechts bereits mit ein paar Bäumen versehen seien. Im Übrigen bitte er um eine schnelle Beantwortung der Fragen der Einwohnerfragestunde.

Beigeordneter Wilfgang erklärt, dass die SPD-Fraktion beantrage, das Begrünungskonzept gesondert zu beschließen und vor allem mit den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen werden solle. Den Wunsch in der Einwohnerfragestunde, die Angelegenheit zu schieben, bis die Fragen beantwortet seien, nehme er gerne als Antrag auf.

Ratsherr Köther erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits in verschiedenen Gremien diskutiert worden sei. Seine Fraktion sei für die Erneuerung des Siedlungsweges in der vorgestellten Variante A 1, wenn die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger in einem erträglichen Maße blieben. Es sei alles nach Recht und Gesetz geplant worden, die Ausbauvarianten hätten ausgelegt und Einwände von den Anliegern hätten vorgebracht werden können. Seine Fraktion sei für Bäume, aber vielleicht könnten günstigere Bäume besorgt werden. Weniger Bäume fände er als GRÜNER nicht besonders schön. Die grundsätzlichen Kosten seien davon abhängig, wie diese Straße eingestuft sei. Die Einstufung der Straße könne im Rahmen eines bestimmten Gestaltungsspielraumes erfolgen und er begrüße es im Interesse der Anwohner, wenn die Straße als Durchgangsstraße und nicht als Anwohnerstraße eingestuft würde, um den Vorbelastungen Rechnung tragen zu können. Dadurch würden die Anteile, die die Anwohner zu zahlen hätten, erheblich verringert. Seine Fraktion stimme daher nur zu, wenn der Siedlungsweg bei der Festlegung der Erschließungsbeiträge der Anwohner als Durchgangsstraße eingestuft werde.

Dipl.-Ing. Böschen erklärt, dass der Rat der Stadt Norden 2006 beschlossen habe, den Siedlungsweg auszubauen. Der Siedlungsweg habe eine Länge von 520 Metern. Letztmalig sei er im Jahre 1972 vom damaligen Meliorationsverband entsprechend seiner damaligen Verkehrsbelastung und den damals zur Verfügung stehenden Finanzierungsmitteln mit einem sehr leichten Unterbau ausgebaut worden. Versackungen seien eingetreten, die gesamte Oberflächenentwässerung funktioniere nicht mehr. Das Oberflächenwasser werde nicht mehr über die Gullis abgeführt, sondern versacke im Untergrund, der dadurch aufgeweicht werde und zu weiteren Versackungen führe. Bohrprofile hätten 8 cm Betonsteinpflaster, 7 cm Tragschicht aus einer Hochofenschlacke, 17 bis stellenweise 35 cm Füllsand ergeben, so dass insgesamt nur ein Aufbau von 32 bis 50 cm bestehe. Diesen Aufbau habe man normalerweise in Fußwegbereichen. Das Ganze sei nicht frostsicher, weil unter der Füllsandschicht sich ein Boden aus Schluff und teilweise aus Torf befinde. Zukünftig solle nicht so weit ausgekoffert werden, wie es eigentlich gemacht werden müsste. Es werde aus 25 cm Mineralgemisch ein verstärkter Unterbau hergestellt und ein Geoflies eingebaut. 50 cm Füllsand würden eingebaut und es würde versucht, den Unterbau durch eine Drainage zu entwässern. Zur Hochofenschlacke könne er noch sagen, dass diese im Vorfeld untersucht worden sei. Der Landkreis habe in seiner Stellungnahme berichtet, dass die Hochofenschlacke, wie sie dort vorgefunden worden sei, nicht kontaminiert, also nicht belastet sei. In der wässrigen Lösung sehe es etwas anders aus. Es bestehe ein erhöhter Sulfat- und PH-wert. Der Boden werde in die Klasse Z.1-2 eingeordnet und könne wieder eingebaut werden. Dipl.-Ing. Böschen erläutert sodann die vier unterschiedlichen Ausbauvarianten. Bei jeder Variante sei gleich, einen Lückenschluss im Bereich der Schule aus Gründen der Schulwegsicherung zur Wurzeldeicher Straße herzustellen. Wie bisher seien 30 km/h vorgesehen. Drei Aufpflasterungen zur Verkehrsberuhigung mit grauen Natursteinpflaster seien geplant. Die Aufpflasterungen würden baugleich – wie sie am Warfenweg ausgeführt worden seien – mit einer nur leichten Anhebung von 8 bis 10 cm mit einer langen Steigerung von 2,50 Meter durchgeführt. Interessierte Anlieger konnten in einem Zeitraum von 3 Wochen die Planungen einsehen, Fragen stellen – auch zum Beitragsrecht. Leider hätten nur 13 Anwohner diese Möglichkeit wahrgenommen. Davon hätten 9 Anwohner ein Votum für die Variante A 1 abgegeben, vier Anwohner hätten keine Angaben gemacht. Es sei dann noch der Wunsch nach einer Bürgerversammlung an die Verwaltung herangeführt worden, was dann auch gemacht worden sei. Dabei seien die Ausbauvarianten noch einmal vorgestellt worden. Bei einer dort durchgeführten Abstimmung hätten sich 25 Anwohner für die Variante A 1 entschieden, 5 Anwohner hätten sich für die Variante A 2 entschieden.

Fachbereichsleiter Memmen zeigt anhand von Fotos, wie sich der Siedlungsweg heute darstelle. Unschwer sei zu erkennen, dass sich der öffentliche Straßenraum nicht durch eine üppige Straßenbegrünung hervortue. Er wolle sich nicht vorstellen, dass ein Komplettverzicht einer Straßenbegrünung ein Grundsatz für den Ausbau künftiger Straßen werde. Das Thema müsse auch zu Ende diskutiert werden. Hier gehe es um den Siedlungsweg aber auch um grundsätzliche Entscheidungen und Auffassungen, zu denen man sich bekennen müsse. Ein Baum sei ein Gestaltungselement, der zur Verbesserung der Wohnqualität beitrage. Außerdem trage ein Baum zu einem maßgeblichen Anteil zur Verkehrsberuhigung und auch zum Klimaschutz bei. Die Anzahl der geplanten Bäume orientiere sich an Standards ausgebauter Straßen der letzten Jahre. Die Zahl 45.000 Euro für Bäume sei nicht begründet. Die Verwaltung rechne mit Zahlen zwischen 25.000 und 30.000 Euro. Daraus resultiere eine Belastung des Grundstückseigentümers zwischen 400 und 500 Euro.

Dipl.-Ing. Kumstel erklärt, dass die Verwaltung die Pflanzabstände der Bäume mit den Pflanzabständen der Bäume der jüngst ausgebauten Straßen in den Baugebieten verglichen habe. Die gewählten Pflanzabstände von 15 bis 20 Meter wichen hiervon nicht ab. Man könne nicht von Alleen oder von einem Alleecharakter sprechen, da sich die Baumkronen weder berührten noch ein Blätterdach entstünde. Dies wolle man auch überhaupt nicht herstellen. Ein ansehnliches Straßenbild solle geschaffen werden. Am 7. November 2007 habe das Bundeskabinett einen generellen Beschluss zur biologischen Vielfalt gefasst, der für alle Bürgerinnen und Bürger und die Stadtverwaltung selbst eine Verpflichtung sei, für eine Grünversorgung in der Stadt

Norden einzustehen. Mit dieser Planung komme man dieser Verpflichtung in kleinen Schritten nach. Warum man über etwas diskutiere, dass gerade mal 5 % der Gesamtkosten der Bau- maßnahme ausmache, könne er nicht nachvollziehen. Was die Grünversorgung der Stadt angehe, sei man in den letzten Jahren auf dem richtigen Wege gewesen. Diesen Weg wolle die Verwaltung weiter gehen. Eine Debatte „Pro – Contra Bäume“ dürfte nicht geführt werden, wenn es darum gehe, ein Straßenbild herzustellen.

Fachbereichsleiter Memmen ergänzt, dass die Qualität des Ausbauszustandes von 1972 keine frostsichere Gründung gewährleistet habe, was beim Siedlungsweg – wie bei vielen anderen Straßen – zu Problemen geführt habe. Die Qualität der Straßen habe die Stadt damals übernommen. Anfang der 90ziger Jahre sei über dieses Thema bereits mit den Anliegern des Siedlungsweges gesprochen worden, weil bereits sichtbare Schäden an der Straße eingetreten seien. 1994 seien verkehrsberuhigende Maßnahme durchgeführt worden. U.a. habe man im Ortsteil Süderneuland, hier im Addingaster Weg, verkehrsberuhigende Maßnahmen durchgeführt. Im Siedlungsweg habe man darauf verzichtet und die Politik habe dem damals auch so zugestimmt. Der Zustand der Straße habe damals schon eine solche Qualität gehabt, dass sie über kurz oder lang erneut werden müsste. Deshalb sei entschieden worden, dass sich teure verkehrsberuhigende Maßnahmen nicht lohnten, ehe die Straße erneuert würde. 1994 sei der Bestand des Siedlungsweges aufgenommen worden. Fotos des Straßenpflasters des Siedlungsweges aus diesem Jahre 1994, die er am Overhead-Projektor zeigt, würden aufgetretene Versackungen von 10 bis 15 cm belegen. Beim Siedlungsweg – wie auch bei vielen anderen Straßen - hätten sich im Laufe der Jahre die Verkehrsmengen, die Lasten, die auf der Straße verkehrten, geändert, aber auch eine Baulandentwicklung habe stattgefunden. Die Klassifizierung der Straße, die 1972 noch als Anliegerstraße eingestuft worden sei, habe sich durch die erhöhte Inanspruchnahme der Straße durch die Allgemeinheit verändert, dass es sich nicht mehr um eine Anliegerstraße handele, sondern um eine Straße mit starkem innerörtlichen Verkehr. Mit dem Siedlungsweg vergleichbar seien die Straßen „Linteler Straße, Westlinteler Weg, Spiet, Flökershauser Weg, Looger Weg und Parkstraße“. Der Siedlungsweg in seinem jetzigen Ausbau sei 36 Jahre alt. Im Erschließungsbeitragsrecht spreche man bei Straßen von einem Alter von 25 Jahren, dass sie erneuert werden müssten. Der Siedlungsweg sei nach 36 Jahren erneuerungsbedürftig. Die Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Norden trage der Entwicklung Rechnung, wonach die Straße als Straße mit starkem innerörtlichen Verkehr einzustufen sei. Die Hauptkosten im Bereich der Fahrbahn lägen demnach bei 60 Prozent der Kosten, die durch die Allgemeinheit zu tragen seien. Hätte die Stadtverwaltung die „Geschichte“ der Straße von einer Anliegerstraße zu einer Straße mit starkem innerörtlichen Verkehr nicht Rechnung getragen und die Straße in der früheren Einstufung als Anliegerstraße belassen, dann hätte die Allgemeinheit lediglich 25 Prozent der Kosten zu tragen. Bei der erstmaligen Herstellung ist den Anliegern von der damaligen Gemeinde 40.000 Deutsche Mark (DM) gutgeschrieben worden. Die damaligen Ausbaukosten betragen 139.800 DM. Davon waren 87.000 DM auf die Anlieger zu verteilen. Per Ratsbeschluss sei damals festgelegt worden, dass 42.000 DM von den 87.000 DM die damalige Gemeinde trägt, so dass 45.000 DM für die erstmalige Herstellung der Straße auf die Anlieger umgelegt worden seien.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Ratssitzung bereits 3 Stunden andauert und der vorherige Rat einen Grundsatzbeschluss gefasst habe, dass Sitzungen grundsätzlich nicht länger dauern sollten.

Beigeordneter Wimberg schlägt vor, die Ratssitzung zu unterbrechen und den jetzt behandelten Tagesordnungspunkt nicht zu entscheiden und in die Dezember-Sitzung des Rates zu schieben, um mit den Anliegern noch einmal das Begründungskonzept zu besprechen.

Der Vorsitzende schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt zu Ende zu bringen, die Sitzung dann zu unterbrechen und einen Termin zur Fortsetzung der Ratssitzung zu treffen.

Ratsherr Bent erklärt, dass der Ortsvorsteher von Süderneuland I, Wolfgang Hinrichs, nie gesagt habe, dass er gegen Bäume sei. Zu denken gebe ihm, dass die Investoren, die seit 1994 die

umliegenden Baugebiete erschlossen hätten, nicht regresspflichtig gemacht worden wären, als seinerzeit verkehrsbehördlich die 6-Tonnen-Begrenzung aufgehoben worden sei. Heute solle nicht entschieden und nochmals mit den Bürgerin in Kontakt getreten werden, um noch offene Fragen zu klären.

Beigeordneter Fuchs erklärt, dass die Straßenausbauvarianten vorgestellt und darüber diskutiert worden sei. Auch die mündlichen Fragen der Bürgerinnen und Bürgern seien von Fachbereichsleiter Memmen in großen Teilen beantwortet worden. Eine Bürgerbeteiligung der Anlieger und eine Anliegerversammlung sei durchgeführt worden, so dass er das Gefühl einer sehr sensiblen und sauberen Arbeit der Verwaltung habe. Es habe ein ganz klares Votum gegeben, der Variante A 1 zu folgen – auch mit Begrünung. Wichtig sei für ihn, dass die Bürger finanziell nicht in dem Maße in Anspruch genommen werden, wie man vielleicht darüber hätte nachdenken können. Die Straße sei anders eingestuft worden, so dass der prozentuale Anteil der Bürger geringer sei, als es hätte sein können. Der Sportplatzbereich sei komplett als Eigenanteil der Stadt und nicht der Bürger eingeplant worden. Das klare Votum der Bürger sei vorhanden, es sei alles gesagt und es gebe keine neuen Erkenntnisse, weshalb er jetzt für eine Entscheidung zum Ausbau des Siedlungsweges plädiere.

Beigeordneter Wimberg erklärt, dass das Begrünungskonzept noch kontrovers sei. Es gehe nicht darum, dass keine Bäume gepflanzt werden sollen, sondern es solle dem Bürger noch einmal vermittelt werden, warum diese Anzahl von Bäumen geplant sei. Deshalb beantrage die SPD-Fraktion, dass das Begrünungskonzept beim Beschluss über den Ausbau noch offen gelassen werde.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Antrag abstimmen, den Tagesordnungspunkt jetzt zu beenden und abzusetzen.

Stimmresultat:	Ja-Stimmen:	13
	Nein-Stimmen:	18
	Enthaltungen:	0

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen, das Begrünungskonzept gesondert zu beraten.

Stimmresultat:	Ja-Stimmen:	18
	Nein-Stimmen:	13
	Enthaltungen:	0

Abschließend lässt der Vorsitzende über den vorliegenden Verwaltungsvorschlag mit der soeben geänderten Beschlussfassung zu einer gesonderten Beratung des Begrünungskonzeptes abstimmen.

Der Rat beschließt:

Der Rat stimmt der Ausbauvariante A1 zum Ausbau des Siedlungsweges gemäß der Plandarstellung vom 28.04.2008 zu.

Dass Begrünungskonzept ist gesondert zu beschließen.

Stimmresultat:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu Unterbrechung der Sitzung

Der Vorsitzende bittet über den Antrag der SPD-Fraktion, die Sitzung jetzt zu unterbrechen, abzustimmen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	24
	Nein-Stimmen:	6
	Enthaltungen:	1

Der Vorsitzende unterbricht am 30.09.2008 um 20.31 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates und terminiert die Fortsetzung der Sitzung für Montag, 06.10.2008, ab 18.00 Uhr, am gleichen Ort.

zu Fortsetzung der unterbrochenen Sitzung

Der Vorsitzende setzt am 06.10.2008 um 18.03 Uhr die unterbrochene Ratssitzung fort und stellt ausdrücklich die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

**zu 18 Anerkennungsverfahren "Nordseeheilbad Norden-Norddeich"
0616/2008/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Nach der Kurortverordnung vom 22.04.2005 ist zur Anerkennung als Kurort (mit der entsprechenden Artbezeichnung, z. B. als Heilbad) die Vorlage eines Gutachtens einer sachverständigen Stelle über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anerkennung erforderlich. Orte, die neu die Bezeichnung erhalten wollen, bedürfen ohnehin des Nachweises der Voraussetzungen, aber auch bestehende Kurorte, Erholungsorte oder Küstenbadeorte (Norddeich) müssen bis zum 30.04.2010 den Nachweis über das Fortbestehen der Voraussetzungen wie bei einem Neuantrag nachweisen.

Für die Beurteilung, ob eine Gemeinde oder ein Gemeindeteil die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Kurort i. S. d. Kurortverordnung erfüllt, sind die Begriffsbestimmung des Deutschen Tourismusverbandes und des Deutschen Heilbäderverbandes heranzuziehen. Der Nachweis über die Voraussetzungen ist u. a. durch mehrere Gutachten zu führen.

Zu beachten ist für ein erneutes Anerkennungsverfahren, dass Kurarztverträge nur noch für Orte mit dem Prädikat „Heilbad“ geschlossen werden; die kassenärztlichen Vereinigungen und Beihilfestellen erkennen Orte mit einem niedrigeren Prädikat nicht mehr an.

Situation Norden-Norddeich

Der Ortsteil Norden-Norddeich ist seit 1979 als Nordseebad anerkannt. Eine Bestätigung und somit Verlängerung der Anerkennung wurde 1999 erreicht.

Von der geänderten Rechtslage ist jetzt auch Norden-Norddeich betroffen. Die Anerkennung endet am 30.04.2010.

Die Notwendigkeit eines Antrages auf Anerkennung als Nordseebad ist unstrittig. Mit der Vorbereitung der Antragsstellung wurde eine Projektgruppe mit Vertretern der Wirtschaftsbetriebe und der Stadtverwaltung gebildet. Ziel der Vorbereitung war, die wesentlichen Antragsformalitäten, die benötigten Gutachten und die Möglichkeiten für ein höherwertiges Prädikat zu ermitteln. Dazu gab es mehrere Gespräche mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Heilbäderverbandes und in Betracht kommender Gutachter.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass für Norden-Norddeich gute Chancen bestehen, eine Anerkennung als Nordseeheilbad erreichen zu können. Die Anerkennung sollte angestrebt werden, um mit dem höheren Prädikat werben zu können, aber auch um die Zulassung für abrechnungsfähige stationäre und ambulante Kuren zu sichern.

Kriterien im Anerkennungsverfahren

Für die Anerkennung müssen vielfältige Kriterien in unterschiedlichen Teilbereichen erfüllt werden:

- Leistungsfähige Einrichtungen zur Anwendung der Heilmittel
- Leistungsfähigkeit der Gesundheitsdienstleistungen
- Bioklima und Luftqualität
- Ortslage, Ortsbild und Immissionsbelastung
- Touristische Infrastruktur und Freizeitangebote
- Analysen und Gutachten

Dazu werden im einzelnen folgende Gutachten verlangt:

- Medizinisch-balneologisches Gutachten über die therapeutische Eignung des Meeres
- Medizinisch-klimatologisches Gutachten über die Gesundheits- und Erholungsmöglichkeiten des lokalen Bioklimas und seiner therapeutischen Anwendungsmöglichkeiten
- Vorbeurteilung des Bioklimas und der Luftqualität
- Luftqualitätsgutachten
- Erweiterte Klimaanalyse über die therapeutische Eignung des Bioklimas und Dosierungsmöglichkeiten der Klimareize

Für die Datenerhebung, z. B. Messwerte über die Luftqualität, ist ein Zeitraum von 1 Jahr anzusetzen.

Kosten

Die finanziellen Auswirkungen werden z. Zt. ermittelt und Angebote eingeholt. Es ist davon auszugehen, dass für das Anerkennungsverfahren im Haushaltsjahr 2009 insgesamt bis zu 100.000 Euro bereitzustellen sind.

Antragsteller und Auftraggeber ist immer die Gemeinde bzw. Stadt. Eine Kostenbeteiligung der Kurbetriebe wird noch geprüft.

Anerkennungsgebiet

Das Anerkennungsgebiet soll in südwestlicher Richtung entsprechend der örtlichen Entwicklung erweitert werden. Einzelheiten sind der Plandarstellung und der Gebietsbeschreibung zu entnehmen.

Ratsherr Zitting bittet, die ursprüngliche Grenzplanung (Osterwarfer Weg) beizubehalten.

Erster Stadtrat Eilers erklärt, dass die Stadt Norden sich dem Anerkennungsverfahren stellen müsse, um die Chance zu haben, Nordseebad zu bleiben oder Nordseeheilbad zu werden. Der Verwaltungsausschuss habe die Grenze des Anerkennungsgebietes, dass die Arbeitsgruppe bis zum Osterwarfer Weg vorgeschlagen hatte, bis zur Ziegelleistraße inklusive dem Bereich des Großen Kruges verändert. Bzgl. der Grenzziehung gebe er zu bedenken, dass wenn der Ausbau der Windenergienutzung weiter verfolgt werde, man darauf aufpassen müsse, mit dem Anerkennungsgebiet nicht zu nahe an Gebiete heranzureichen, die für erneuerbare Energien genutzt werden könnten. Unter diesem Gesichtspunkt sei ein größerer Abstand durchaus sinnvoll.

Beigeordneter Sikken erklärt, dass die ALLIANZ beim Vorschlag des Verwaltungsausschusses bleibe, weil die Ziegeleistraße eine natürliche Grenze sei. Dabei solle der Wohnmobil-Platz einbezogen werden. Eine weitere Ausweitung sei nicht notwendig, weil die Bereiche landwirtschaftlich genutzt würden und es Überlegungen zur Windenergie gäbe.

Ratsherr Köther erklärt, dass auch seine Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ den Vorschlag des Verwaltungsausschusses unterstütze. Die Umweltdaten (z.B. Luftqualitätsmessungen) sollten den Bürgern übers Internet zur Verfügung gestellt werden.

Beigeordneter Willfang bevorzugt die ursprüngliche Grenzziehung und vermag eine natürliche Grenze an der Ziegeleistraße nicht zu erkennen. Die SPD-Fraktion spreche sich für das vergrößerte Anerkennungsgebiet des ursprünglichen Verwaltungsvorschlages aus, um eine größere Pufferzone zum Nordseeheilbad hinsichtlich evtl. noch zu errichtender Windenergieanlagen und der damit einhergehenden Immissionen zu erreichen.

Die Bürgermeisterin entgegnet, dass die Verwaltung auch mit der von der Politik im Verwaltungsausschuss veränderten Planung zum Anerkennungsgebiet gut leben könnte.

Ratsherr Köther erklärt, dass sich bei dieser Entscheidung die Frage eines Windparks nicht stelle. Im Vorgriff auf mögliche Veränderungen Politik zu machen, halte er nicht für richtig.

Beigeordneter Wimberg entgegnet, dass er das Abstimmungsverhalten der GRÜNEN nicht nachvollziehen könne, da sie eigentlich für eine möglichst große Pufferung evtl. Windenergieanlagen zum Gebiet des Nordseeheilbades sein müssten. Er habe das Gefühl, dass die Zurückführung der Grenzlinie des Anerkennungsgebietes durch den Verwaltungsausschuss auf Interessen beruhe, die in der Windkraft oder Landwirtschaft zu sehen seien.

Ratsherr Martens erklärt, dass er sich an der Diskussion und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht beteiligen werde, weil er in der Nähe über Gebäude und Liegenschaften verfüge.

Beigeordneter Fuchs erklärt, sich ebenfalls der Stimme zu enthalten, da er in dem Gebiet beheimatet sei.

Ratsherr Bent betritt um 18.15 Uhr den Sitzungssaal

Ratsherr Köther erklärt, dass es klug sei, mit der Antragsfläche von bestehenden Windenergieanlagen Abstand zu halten, weshalb er für das verkleinerte Anerkennungsgebiet sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, zunächst über Ziffer 1. der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses, dann über den SPD-Antrag, das Anerkennungsgebiet in der ursprünglichen Fassung festzulegen (Ziffer 2.) und letztlich über die Empfehlung des Verwaltungsausschusses, das Anerkennungsgebiet und die Gebietsbeschreibung in der Fassung vom 04.09.2008 (neue Ziffer 3.) abzustimmen. Sodann lässt der Vorsitzende – wie vorgeschlagen – abstimmen.

Der Rat beschließt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anerkennung des Ortsteils Norddeich als „Nordseeheilbad“ zu beantragen.**

Stimmresultat:	Ja-Stimmen:	30
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- 2. Das Anerkennungsgebiet ist in der Plandarstellung vom 21.08.2008 ergänzt um die Gebiets-**

beschreibung vom 21.08.2008 festgelegt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	18
	Enthaltungen:	1

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag der SPD-Fraktion (Ziffer 2.) damit abgelehnt ist.

3. Das Anerkennungsgebiet ist in der Plandarstellung vom 04.09.2008 (Anlage 1) ergänzt um die Gebietsbeschreibung vom 04.09.2008 (Anlage 2) festgelegt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	18
	Nein-Stimmen:	10
	Enthaltungen:	1

**zu 19 Erschließungsbeiträge "Weberslohne"
vorläufige Abrechnung und Beschlussfassung über die Aufwandsspaltung
0606/2008/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Die Erschließungsanlage „Weberslohne“ befindet sich innerhalb des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 28 b von Norden.

Der Zeitpunkt der endgültigen Fertigstellung anhand der letzten Unternehmerrechnung kann hier nicht festgelegt werden, da der Grunderwerb als Merkmal der endgültigen Herstellung nicht zum Abschluss gebracht werden konnte. Eine Teilfläche des Flurstücks 85/0, welches im Eigentum der Anliegerin steht, die bislang nicht zu einer Veräußerung bereit war, wurde jedoch für den Straßenausbau mitverwandt. Im Wege der Kostenspaltung können jedoch gemäß § 9 der Erschließungsbeitragssatzung die bisher angefallenen Kosten ohne die Kosten für den Grunderwerb gesondert erhoben werden.

Die vorläufige endgültige Fertigstellung der „Weberslohne“ erfolgte im Mai 2008 (Eingang der vorläufig letzten Rechnung der Fa. Niemann & Partner vom 26.05.2008).

Der beitragsfähige Erschließungsaufwand hat ausweislich der dem Abrechnungsvorgang beigefügten Rechnungsbelege und Kostenzusammenstellungen 45.014,70 € betragen. Der von dem ermittelten beitragsfähigen Erschließungsaufwand abzuziehende Eigenanteil der Stadt Norden beträgt gemäß § 6 der Erschließungsbeitragssatzung 10 %, somit 4.501,47 €. Der umlagefähige Aufwand beläuft sich somit auf 40.513,23 €.

Die Grenzen des Abrechnungsgebietes richten sich nach der Plandarstellung vom 01.07.2008. Die zulässige Ausnutzbarkeit der erschlossenen Grundstücke innerhalb des Abrechnungsgebietes ist unterschiedlich. Der umlagefähige Erschließungsaufwand ist daher gemäß § 131 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 8 (2) der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Norden auf die Grundstücke des Abrechnungsgebietes (§ 7) in dem Verhältnis zu verteilen, indem die Summe aus den Grundstücksflächen und den zulässigen Geschoßflächen der einzelnen Grundstücke zueinander stehen (Grundstücksfläche x zulässige Geschoßfläche).

Die in die Verteilungsrechnung einzubeziehende Beitragsfläche (Summe aller zu berücksichtigenden Grundstücksflächen) beträgt 3.819,22 qm.

Es ergibt sich somit ein Beitragssatz in Höhe von 10,607724 €/qm Beitragsfläche.

Die bereits im Jahre 2007 festgesetzten Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag sind bei der vorläufig endgültigen Abrechnung zu berücksichtigen.

Ein Vergleich der erhobenen Vorausleistungen mit den nunmehr vorläufig endgültigen ermittelten Erschließungsbeiträgen ergibt einen Erstattungsbetrag in Höhe von 4.971,89 €.

Der bei zwei Anliegerinnen gestundete vorläufige Erschließungsbeitrag reduziert sich ebenfalls nunmehr durch die vorläufige endgültige Abrechnung. Diese beiden Erschließungsbeiträge in Höhe von jetzt 3.895,16 € und 3.877,12 € werden nunmehr grundbuchlich abgesichert.

Es wird empfohlen, den eingangs formulierten Beschluss zu fassen.

Der Rat beschließt:

- 1. Der Zeitpunkt der endgültigen Fertigstellung der Erschließungsanlage „Weberslohne“ kann nicht festgelegt werden, da der Grunderwerb als Merkmal der endgültigen Herstellung nicht zum Abschluss gebracht werden kann.**
- 2. In die Berechnung des Erschließungsbeitrages im Wege der Kostenspaltung gemäß § 9 der Erschließungsbeitragsatzung wird der Aufwand für den Ausbau der Fahrbahn und der Entwässerungsanlagen eingestellt.**
- 3. Der bislang entstandene beitragsfähige Aufwand beträgt gemäß § 127 Baugesetzbuch (BauGB) 45.014,70 €, der umlagefähige Aufwand 40.513,23 €.**
- 4. Die Grenzen des Abrechnungsgebietes (erschlossene Grundstücke) richten sich nach der Plandarstellung vom 01.07.2008.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	30
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 20 Straßenausbaubeitrag ; Abrechnung Warfenweg -Teilstrecke zwischen Westlinteler Weg und Münchener Straße 0609/2008/3.3

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat am 14.12.2003 den Ausbau Warfenweg (Teilstrecke zwischen Am Sandwall und Münchener Straße) und in seiner Sitzung am 06.07.2004 den Ausbau Warfenweg (Teilstrecke zwischen Westlinteler Weg und Am Sandwall) beschlossen. Der geänderte Ausbauplan (Ausbau einer Teilstrecke des Warfenweges zwischen Westlinteler Weg und Münchener Straße) wurde vom Rat der Stadt Norden am 14.09.2004 beschlossen.

Die Erneuerung und Verbesserung des Warfenweges (Teilstrecke zwischen Westlinteler Weg und Münchener Straße) wurde im Jahre 2005 durchgeführt.

Es handelt sich um Aufwendungen, für die Straßenausbaubeiträge gem. § 6 Abs. 7 Nds. Kommunalabgabengesetz (NKAG) in Verbindung mit der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Norden vom 09.12.2004 und 08.02.2005 zu erheben sind.

Als letzte Unternehmerrechnung für die Erneuerung und Verbesserung des Warfenweges (Teilstrecke zwischen Westlinteler Weg und Münchener Straße) ist die Rechnung der Fa. Herfeld, Rechtsweg, für Straßenbau und Regenkanal am 05.10.2006 bei der Stadt Norden eingegangen. Gemäß § 9 der Straßenausbaubeitragsatzung wird daher empfohlen, den Zeitpunkt der Beendigung der beitragsfähigen Maßnahme auf den 05.10.2006 festzusetzen.

Der beitragsfähige Aufwand beläuft sich ausweislich der dem Abrechnungsvorgang beigefügten Rechnungsbelege und Kostenzusammenstellungen auf 158.250,09 €.

Der Warfenweg ist eine Straße mit starkem innerörtlichen Verkehr. Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2a) beträgt der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand für Fahrbahnen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Böschungen, Schutz- u. Stützmauern, Ausbuchtungen und Bushaltestellen 40%, Anteil der Stadt Norden 60%. Gemäß § 4 Abs 2 Nr. 2b) beträgt der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand für Rinnen und andere Einrichtungen der Oberflächenentwässerung sowie für Beleuchtungseinrichtungen 60%, Anteil der Stadt Norden 40%. Gemäß § 4 Abs. 2 Nr 2c) beträgt der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand für Randsteine und Schrammborde, für Rad- u. Gehwege, sowie für Grünanlagen als Bestandteil der öffentlichen Einrichtung 50%, Anteil der Stadt Norden 50%. Der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand für die Herstellung des Regenwasserhauptkanals beträgt 50%, Anteil der Stadt Norden 50%.

Der umlagefähige Aufwand beläuft sich somit auf 80.506,19 €, der Anteil der Stadt Norden auf 77.743,90 €.

Die Grenzen des Abrechnungsgebietes richten sich nach der Plandarstellung vom 22.07.2008.

Das Abrechnungsgebiet befindet sich im Bereich der rechtsverbindlichen Bebauungspläne Nr. 15, 33 B und 33 c.

Die Verteilung des umlagefähigen Aufwandes auf die Grundstücke erfolgt gem. § 5 (1) Straßenausbaubeitragsatzung der Stadt Norden im Verhältnis der Nutzflächen (Maßstabseinheiten), die sich für diese Grundstücke aus der Vervielfachung der maßgeblichen Grundstücksfläche mit dem nach § 6 maßgeblichen Nutzungsfaktor ergeben unter Berücksichtigung der Zuschläge für gewerbliche Nutzung.

Die in der Verteilungsfläche einzubeziehende Beitragsfläche (Summe aller berücksichtigten Grundstücksflächen + Zahl der Vollgeschosse x Nutzungsfaktor + Zuschläge für gewerbliche Nutzung – Artzuschlag-) beträgt 17.043,50 Maßstabseinheiten.

Es ergibt sich somit ein Beitragssatz von 4,723572 € / Maßstabseinheit.

Die bereits im Jahre 2004 festgesetzten Vorausleistungen auf den Straßenausbaubeitrag sind bei der endgültigen Abrechnung zu berücksichtigen.

Es wird empfohlen, den eingangs formulierten Beschluss zu fassen.

Der Rat beschließt:

- 1. Der Zeitpunkt der Beendigung der beitragsfähigen Maßnahme wird gem. § 9 der Straßenausbaubeitragsatzung der Stadt Norden vom 09.12.2004 und 08.02.2005 auf den 05.10.2006 festgesetzt.**
- 2. Der beitragsfähige Aufwand wird gem. § 3 der Straßenausbaubeitragsatzung auf 158.250,09 € festgesetzt, der umlagefähige Aufwand beträgt gem. § 4 Abs. 2 Nr. 2 der Straßenausbaubeitragsatzung 80.506,19 €.**

3. Die Grenzen des Abrechnungsgebietes richten sich nach der Plandarstellung vom 22.07.2008.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	30
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 21
1. Bekanntgabe einer unerheblichen außerplanmäßigen Ausgabe im HJ. 2006
 2. Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006 einschl. der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN
 - a) Beschlussfassung über die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse
 - b) Entlastung der Bürgermeisterin
- 0598/2008/1.1

Sach- und Rechtslage:

Das gemeinsame Rechnungsprüfungsamt der Städte Aurich/Norden hat die Prüfung der Jahresrechnung 2006 mit dem Schlussbericht nach § 120 NGO am 13.05.2008 abgeschlossen.

Die Prüfung der Jahresrechnung 2006 durch das RPA endet mit folgenden Feststellungen:

1. Der Haushaltsplan wurde eingehalten – abgesehen von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben -.
2. Die einzelnen Rechnungsbeträge wurden sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt.
3. Bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs wurde nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren.
4. Das Vermögen wurde richtig nachgewiesen.

Die Berichte über die Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtung Soziale Betriebe und des Eigenbetriebes SEN enthalten folgende Schlussbemerkung:

1. Die Jahresabschlüsse und die Lageberichte stellen ein wahres Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dar.
2. In der Buchhaltung und im Jahresabschluss wurden die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung entsprechend angewendet.
3. Die Wirtschaftspläne wurden eingehalten.
4. Das Vermögen ist richtig nachgewiesen.

Der Bestätigungsvermerk im Bericht über den Jahresabschluss der kommunalen Einrichtung Baubetriebshof schließt mit folgendem Wortlaut:

„Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach

unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter der Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- u. Ertragslage der Einrichtung. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung.“

Es wird umseitiger Beschluss entsprechend dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes empfohlen.

Beigeordneter Wimberg erklärt, im Namen der SPD-Fraktion zu beantragen, die Punkte 2a und 2b getrennt abzustimmen. Es gehe der SPD-Fraktion um die Sache, nicht um Personen. Alte Kamellen wolle er nicht aufbereiten. Vor nicht allzu langer Zeit habe es Unregelmäßigkeiten bei den Bilanzen des Baubetriebshofes gegeben.

Die Unregelmäßigkeit sei vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Wiltfang in einer öffentlichen Ausschusssitzung festgestellt worden. Darüber sei eine öffentliche Diskussion entstanden, in der die Allianz und hier insbesondere die FDP, aber teilweise auch von der Verwaltung persönliche und polemische Angriffe gegen Herrn Wiltfang gestartet wurden. Im Nachhinein sei die Auffassung von Herrn Wiltfang durch die Kommunalaufsicht und durch den korrigierten Jahresabschluss bestätigt worden. Seine Fraktion habe eine öffentliche Entschuldigung von der ALLIANZ und der Verwaltung erwartet, was nicht erfolgt sei. Deshalb stimme seine Fraktion unter Ziffer 2b gegen die Entlastung.

Die Bürgermeisterin erwidert, ihre Sicht der Dinge kurz darstellen zu wollen. Die öffentliche Diskussion sei entstanden, weil der SPD-Fraktionsvorsitzende die Verwaltung um einen Prüfauftrag gebeten hatte, sich aber gleichzeitig an die Presse mit einem für ihn vorweg feststehenden Prüfergebnis gewandt habe, wonach die Verwaltung Bilanzen fälsche.

Damals sei ein vom Rechnungsprüfungsamt noch nicht geprüfter Jahresabschluss in die politische Debatte gegeben worden. Das werde sicherlich nicht ein zweites Mal geschehen. Die Nachfrage von Herrn Wiltfang und auch von Herrn Lütkehus, ob die Buchungen korrekt seien, wäre vollkommen in Ordnung, solange diese Frage nicht in den Vorwurf der öffentlich geäußerten Bilanzfälschung einmünde. Das Rechnungsprüfungsamt habe am 04.07.2007 richtig gestellt, dass die Bilanz entgegen dem erhobenen Vorwurf nicht gefälscht wurde. Am 16.08.2007 erhielt die Verwaltung vom Rechnungsprüfungsamt die Nachricht, dass hätte anders gebucht werden müssen, diese Buchung jedoch nicht substantiell sei, da sie nichts am Betriebsergebnis ändere. Das Rechnungsprüfungsamt stelle ihr frei, alles so zu lassen und mit der Kritik eines Formfehlers zu leben. Sie habe sich entschieden, alles was an Buchungen hätte anders gebucht werden sollen, zu korrigieren. Danach habe das Rechnungsprüfungsamt die Richtigkeit attestiert. Die Kommunalaufsicht, welcher der geprüfte Jahresabschluss übersandt worden sei, habe ihr mitgeteilt, dass der Jahresabschluss 2006 des Baubetriebshofes geprüft und die geäußerten Bedenken damit vollständig ausgeräumt seien. Warum die SPD-Fraktion die getrennte Abstimmung der Ziffern 2a und 2b wünsche und ihr die Entlastung versagen wolle, obgleich alles korrekt gebucht sei, könne sie nicht nachvollziehen, weshalb sie frage, wo die SPD-Fraktion die sachliche Begründung für die Verweigerung der Entlastung sehe. Sie habe den Verdacht, dass es der SPD-Fraktion nicht darum gehe, die Richtigkeit oder Nicht-Richtigkeit des Jahresabschluss festzustellen, sondern diese Debatte wieder für politische Zwecke zu missbrauchen und zu benutzen, um eine Unzuverlässigkeit der Bürgermeisterin öffentlich festzustellen, die nicht gegeben sei. Das halte sie für schlechten Stil.

Ratsherr Köther erinnert an einen unschönen Pressewirbel beider Seiten in dieser Angelegenheit und erklärt, den Antrag der SPD-Fraktion nicht zu verstehen, da es hier nur darum gehe, wie der Haushalt zu beurteilen sei. Da die SPD-Mitglieder im Finanzausschuss in der Vorberatung der Angelegenheit nicht gegen die Entlastung der Bürgermeisterin gestimmt hätte, sondern sich nur enthalten hätten, gäbe es überhaupt kein Argument, dieser Entlastung nicht zuzustimmen. Seine GRÜNEN-Fraktion werde der Entlastung zustimmen.

Beigeordneter Wiltfang erklärt, dass die Fehler sehr wohl substantielle Bedeutung hätten Ur-

sprünglich sei ein Jahresabschluss mit einem Plus von 5.000 Euro vorgelegt worden, jetzt weise das Jahresergebnis ein Minus von 250.000 Euro aus. Die Begründung, warum die SPD-Fraktion der Bürgermeisterin ganz persönlich die Entlastung nicht erteile, liege darin, dass die Bürgermeisterin ganz persönlich für diese Art der Buchung verantwortlich sei. Im Protokoll der Finanzausschusssitzung sei dieser Passus auch aufgenommen worden.

Die Bürgermeisterin entgegnet, dass sie kein Problem damit habe, auch in der Öffentlichkeit Fehler einzugestehen. Das ihr öffentlich Bilanzfälschung vorgeworfen wurde, habe sie sehr getroffen und das könne sie sich nicht gefallen lassen, da sie kein Verschulden treffe. Wenn sie von einem Formfehler spreche, dann sei das keine Formulierung von ihr, sondern vom Rechnungsprüfungsamt. Sie habe diesen Formfehler berichtigt. Unangemessenheit lasse sich in diesem Zusammenhang nicht vorwerfen.

Ratsherr Lütkehus erklärt, dass hier eine Debatte geführt werde, die es überhaupt nicht wert sei, geführt zu werden. Egal wie gebucht worden sei, verfüge die Stadt nicht über einen Euro mehr oder weniger in der Kasse. Es habe sich nicht um eine Unregelmäßigkeit gehandelt, sondern nur um einen schlichten Fehler, der korrigiert worden sei.

Der Rat beschließt:

- 1. Von der in der Anlage unter lfd. Nr. 1 aufgeführten unerheblichen außerplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2006 wird Kenntnis genommen.**
- 2. a) Die Jahresrechnung sowie die Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN für das Haushaltsjahr 2006 werden beschlossen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	30
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

b) Gleichzeitig wird der Bürgermeisterin Entlastung erteilt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	20
	Nein-Stimmen:	10
	Enthaltungen:	0

**zu 22 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH;
Bestellung des Abschlussprüfers für das Jahr 2008
0638/2008/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH unterliegen gem. § 124 Abs. 1 NGO der Pflicht zur Jahresabschlussprüfung nach dem Handelsgesetzbuch (HGB). Hierfür ist ein Abschlussprüfer zu bestellen.

Gemäß § 318 Abs. 1 HGB ist der Abschlussprüfer durch die zuständigen Organe der Gesellschaften zu wählen und zwar vor Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Die Vertreterin der Stadt Norden in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Frau Bürgermeisterin Schlag, ist weisungsgebunden.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“, 20459 Hamburg ist nach Rücksprache und in Übereinstimmung mit der

Geschäftsführung der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH mit der Prüfung der Jahresabschlüsse zu beauftragen.

Der Rat beschließt:

Die Gesellschafterversammlung wird angewiesen, wie folgt zu beschließen:

Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, wird beauftragt, den Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH für das Geschäftsjahr 2008 zu prüfen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	30
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 23 Umbildung von Ratsausschüssen; Antrag der SPD-Fraktion
0633/2008/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Norden beantragt mit Schreiben vom 04.09.2008 für die nächste Sitzung des Rates der Stadt Norden folgende Umbesetzung der Ausschüsse:

Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss:

Ratsherr Gerd Hoffmann wird als Mitglied abberufen und durch Ratsherrn Hans Forster ersetzt. Die Vertreter bleiben wie bisher Gerd Zitting und Olaf Wilffang

Feuerwehr- und Ordnungsausschuss:

Ratsherr Hans Forster wird als Mitglied abberufen und durch Ratsherrn Gerd Hoffmann ersetzt. Die Vertreter bleiben wie bisher Olaf Wilffang und Gerd Zitting.

Die Umbildung der Ratsausschüsse hat der Rat der Stadt Norden gemäß § 51 Abs. 5 NGO durch Beschluss festzustellen.

Der Rat stellt die Ausschussbesetzung gemäß § 51 Abs. 5 der Niedersächsischen Gemeindeordnung wie folgt fest:

1. Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss:

Ratsherr Gerd Hoffmann wird als Mitglied abberufen und durch Ratsherrn Hans Forster ersetzt. Die Vertreter bleiben wie bisher Gerd Zitting und Olaf Wilffang

2. Feuerwehr- und Ordnungsausschuss:

Ratsherr Hans Forster wird als Mitglied abberufen und durch Ratsherrn Gerd Hoffmann ersetzt. Die Vertreter bleiben wie bisher Olaf Wilffang und Gerd Zitting.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	30
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 24 Änderung der Geschäftsordnung des Rates vom 01.11.2006;
Empfehlung der Verwaltung (Rat: 24.06.2008)
Antrag der SPD-Fraktion vom 27.06.2008
0591/2008/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Die Bürgermeisterin hat in der öffentlichen Sitzung des Rates am 24.06.2008 bekannt gegeben, dass die Geschäftsordnung des Rates um eine Regelung zu „Tonbandaufzeichnungen als Hilfsmittel zur Anfertigung von Niederschriften“ erweitert wird.

Dazu gibt es eine Empfehlung des Niedersächsischen Städtetages (Mustersatzung) mit folgendem Wortlaut:

„Zur Anfertigung der Niederschrift kann die Beratung auf Tonband aufgenommen werden. Das Tonband ist nach Genehmigung der Niederschrift zu löschen.“

Die Verwaltung empfiehlt darüber hinaus eine Erweiterung der Geschäftsordnung um folgenden Wortlaut:

„Die Niederschrift ist innerhalb eines Monats nach dem Sitzungstermin auszufertigen.“

Mit beiden Vorschlägen zur Veränderung der Geschäftsordnung verbessert die Verwaltung ihren Service gegenüber den Ratsmitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern.

Sofern ein Protokollführer sich zur Erleichterung der Anfertigung der Niederschrift eines Tonbandes bedient, können die Ratsmitglieder, bei Zweifeln an der Richtigkeit der Niederschrift, das Tonband abhören. Nach Genehmigung der jeweiligen Niederschrift wird die Tonbandaufnahme gelöscht.

Die Niederschriften der Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse, werden, wenn keine besonderen Umstände entgegen stehen, unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats nach dem Sitzungstermin ausgefertigt sein. Diesbezüglich wird dem Antrag der SPD-Fraktion vom 27.06.2008 gefolgt.

Bereits seit dem 08. Mai 2008 macht die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern über den Internetauftritt der Stadt Norden „www.norden.de“ (Ratsinfo Bürger/Presse) sämtliche Sitzungsvorlagen und Niederschriften der öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse und des Rates der Stadt Norden zugänglich.

Wurden in der Vergangenheit vereinzelt Niederschriften später als einen Monat nach der Sitzung ausgefertigt, wird durch die unverzügliche Anfertigung der Niederschrift eine schnellere Information der Ratsmitglieder und der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.

Bisherige Formulierung des § 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung:

Über jede Ratssitzung ist eine Niederschrift zu führen. Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister ist für die Niederschrift verantwortlich. Sie/Er bestimmt die Protokollführerin/den Protokollführer. Die Protokollführerin/Der Protokollführer ist hinsichtlich des Inhalts der Niederschrift weisungsunabhängig.

§ 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung wird um die Sätze 5-7 wie folgt ergänzt:

Zur Anfertigung der Niederschrift kann die Protokollführerin/der Protokollführer die Beratung auf Tonband aufnehmen. Das Tonband ist nach Genehmigung der Niederschrift zu löschen. Die Niederschrift ist innerhalb eines Monats nach dem Sitzungstermin auszufertigen.

Beigeordneter Wiltfang erklärt, von den Tonbandaufzeichnungen während der Ratssitzungen überrascht gewesen zu sein. Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass die Ratsmitglieder darüber hätten informiert werden müssen, wenn die Beratungen auf Tonband aufgenommen werden sollen. In die Geschäftsordnung müsse nun eine Regelung zu Tonbandaufnahmen aufgenommen werden. Andere Quellen als Kommentator Thiele, wie z.B. der Landesdatenschutzbeauftragte, sehe Tonbandaufzeichnungen von Sitzungen kritisch. In einigen Bundesländer, z.B. Brandenburg, sei die Tonbandaufnahme verboten. Seine Fraktion habe große Bedenken, ob sichergestellt werden könne, dass private Gespräche von Zuschauern und Anwesenden nicht aufgezeichnet werden. Deswegen wünsche seine Fraktion, dass deren Rechte beachtet werden. Er begrüße es, wenn es zu Beginn der Sitzung eine Bekanntgabe gebe, wenn die Sitzung auf Tonband aufgenommen wird.

Erster Stadtrat Eilers antwortet, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises Aurich bereits mitgeteilt hatte, dass keine Rechtswidrigkeit bei Aufzeichnung von Sitzungen per Tonband vorliege. Natürlich mache es Sinn, wie die Bürgermeisterin es bereits angekündigt hatte, eine deklaratorische Regelung in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Die Geschäftsordnung werde den Wortlaut erhalten, den der Niedersächsische Städtetag seinen Mitgliedsstädten in ihrer Muster-Geschäftsordnung vorschlage. In der Person des Protokollführers sei sichergestellt, dass die Belange von Bürgern gewahrt werden. Die Tonbandaufzeichnungen der Sitzung stehen dem Protokollführer unterstützend zur Anfertigung eines ordentlichen Protokolls zur Verfügung. Der Vorschlag der SPD-Fraktion, die Niederschrift innerhalb eines Monats auszufertigen, entspreche auch den Vorstellungen der Verwaltung und sei daher auch in die Geschäftsordnung aufgenommen worden.

Ratsherr Köther erklärt, dass die Verwaltung Recht habe, dass Tonbandaufzeichnungen zulässig seien, gleichwohl sei nach Bundesrecht der Mitschnitt unzulässig, wenn nicht darüber zuvor informiert werde.

Ratsherr Forster hält es für wichtig, Ausschusssitzungen, bei denen ein größerer Andrang von Bürgern zu erwarten sei, nicht mehr in dem kleinen Sitzungszimmer des Rathauses durchzuführen, um den Zuhörerbereich von den tagenden Mitgliedern der Ausschüsse trennen zu können. Dies betreffe Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses, des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses und ggf. auch des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses.

Ratsfrau Wilts-Rocker beantragt, den Beschlussvorschlag insoweit zu erweitern, dass der Vorsitzende vorher darauf hinzuweisen hat, dass die Sitzung auf Tonband aufgezeichnet wird.

Erster Stadtrat Eilers verweist hinsichtlich der Protokollführung auf vereidigte Amtsträger, die die Rechte Anderer zu schützen hätten. Es gehe lediglich um ein Hilfsmittel zur Anfertigung der Niederschrift bei schwierigen Diskussionen. Nach Genehmigung der Niederschrift habe der Protokollführer die Tonbandaufzeichnung zu löschen.

Beigeordneter Wiltfang erklärt, dass seine Fraktion nie die Rechtswidrigkeit der Tonbandaufzeichnungen bemängelt habe. Gleichwohl sei die fehlende Information vor der Sitzung, dass aufgezeichnet würde, mokiert worden. Er wünsche, vorher darüber informiert zu werden, dass die Sitzung aufgezeichnet werde.

Ratsherr Köther unterstützt den Wunsch des Beigeordneten Wiltfang nach einer vorherigen Information.

Der Vorsitzende bittet, zunächst über die schriftlich vorliegenden Anträge der SPD-Fraktion – ohne den von Ratsfrau Wilts-Rocker gestellten Antrag – abzustimmen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	19
	Enthaltungen:	1

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag damit abgelehnt ist.

Der Vorsitzende bittet, über den Beschlussvorschlag abzustimmen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	26
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	2

Der Vorsitzende bittet, über den Antrag der Ratsfrau Wilts-Rocker, den soeben getroffenen Beschluss über die Änderung der Geschäftsordnung insoweit zu erweitern, dass der Vorsitzende vorher darauf hinzuweisen hat, dass die Sitzung auf Tonband aufgezeichnet wird, abzustimmen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	19
	Enthaltungen:	1

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag abgelehnt ist.

Der Rat hat folgenden Beschluss gefasst:

Die Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse der Stadt Norden vom 01.11.2006 in der Fassung der 1. Änderung vom 06.03.2007 wird in § 16 Absatz 1 um die Sätze 5-7 wie folgt ergänzt:

Zur Anfertigung der Niederschrift kann die Protokollführerin/der Protokollführer die Beratung auf Tonband aufnehmen. Das Tonband ist nach Genehmigung der Niederschrift zu löschen. Die Niederschrift ist innerhalb eines Monats nach dem Sitzungstermin auszufertigen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	26
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	2

**zu 25 Resolution gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes in Emden; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 13.09.2008
0641/2008/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ stellt mit Schreiben vom 13.09.2008 an den Rat der Stadt Norden den Antrag folgende Resolution auszusprechen:
„Der Rat der Stadt Norden spricht sich gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes in Emden aus.“

Ratsfrau van Gerpen verlässt um 19.02 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Albers erklärt:

(Hinweis der Verwaltung: Der Wortbeitrag wurde schriftlich abgegeben)

„Unsere Fraktion war sich nicht sicher, ob eine Begründung nach der Vielzahl der öffentlichen Stellungnahmen und Resolutionen für diesen Antrag noch erforderlich sei.“

Erläuterungen zum geplanten Kraftwerk:

Der dänische Staatskonzern Dong plant mit ausdrücklicher Zustimmung der Landesregierung im Wybelsumer Polder, Stadt Emden, ein Großkraftwerk. Dieses soll mit Steinkohle betrieben werden und eine Nennleistung von 2 x 800 MW haben und entspricht somit der Größenordnung von 2 Kraftwerken.

Der dänische Konzern darf in Dänemark kein Kohlekraftwerk errichten. Die Anlage benötigt eine Fläche von 40 ha. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme soll 2016 erfolgen. Das Vorprojekt ist bereits 2008 gestartet und 2009 sollen die Genehmigungsverfahren beginnen.

Das Kraftwerk ist baugleich mit dem Kohlekraftwerk in Lubmin, Greifswalder Bodden, Ostsee. Dort ist das Verfahren bereits im Gange und es liegen bereits verschiedene Gutachten u. a. vom WWF vor.

Es handelt sich um ein Kraftwerk, welches ausdrücklich nicht auf dem modernsten Stand der Technik ist und entsprechend viel Schadstoffe bei einer geringeren Effizienz produziert. Nach eigenen Angaben soll ein Nettowirkungsgrad von 47 % erzielt werden.

Der Schadstoffausstoß bei bester verfügbarer Technik würde dennoch pro Jahr

800 Tonnen Feinstaub, 16.000 Tonnen Schwefel- und Stickoxide, 12 Tonnen Blei, rd. 1 Tonne Quecksilber, rd. 1 Tonne Dioxine, Furane, Cadmium, Arsen und 8,4 Millionen Tonnen CO²

betragen.

Die Steinkohle wird per Schiff aus China oder Australien nach Emden befördert.

Die Erzeugung von 1 MW h Strom kostet zurzeit mit Steinkohle 10 €, mit Gas 25 € und mit Öl 50 €.

Bis 2012 werden 90% der CO²-Verschmutzungsrechte kostenlos abgegeben. Die Nutzungsdauer des Kohlekraftwerkes beträgt ca. 40 Jahre.

Die Pläne der Landesregierung sehen in Niedersachsen insgesamt 13 neue Kohlekraftwerke vor, davon 7 an der Küste und im Emsland:

Wilhelmshaven:

1 x 800 MW – Electrabel – Grundsteinlegung ist kürzlich erfolgt; 1 x 1.050 MW – EON.

Stade: -

1 x 800 MW – Electrabel, 1 x 800 MW – Eon, 1 x 800-1000 MW - EnBW/DOW.

Emden: -

2 x 800 MW - DONG

Dörpen:

1 x 800-1000 - MW Berner Kraftwerke.

Auswirkungen:

Dieses Großkraftwerk in Emden wäre mit den in unserer Region wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Tourismus und Landwirtschaft nicht vereinbar.

Die Rauchfahne würde weit sichtbar über den ostfriesischen Himmel getrieben und den Luftraum großräumig verunreinigen.

Die Böden würden extrem belastet und den Anbau hochwertiger Lebensmittel für Jahrzehnte nicht mehr zulassen.

Das Naturerbe Wattenmeer würde bedroht sein in seiner Vielfalt der Pflanzen und Lebewesen. Die Lebensqualität der Bewohner würde stark beeinträchtigt.

Begründung der Resolution

Saubere Luft und eine intakte Natur sind elementare Voraussetzungen für die touristische Entwicklung unserer Region und damit auch unserer Stadt.

Die Stadt Norden möchte die Anerkennung als Nordseeheilbad anstreben und viel Geld in ihre touristische Infrastruktur investieren.

Die Stadt Norden setzt auf den Ausbau von Wind – und Sonnenenergie und trägt damit verantwortungsvoll zur Schaffung künftiger Energiesicherheit bei.

Die Entwicklung zukunftsfähiger Technologien wird durch die Stromerzeugung des letzten Jahrhunderts verhindert.

Alternative

In Emden wird in großen Mengen Erdgas angelandet. Ein Gaskraftwerk hat einen Wirkungsgrad von 58 %, mit Kraft-Wärme-Kopplung liegt dieses sogar bei 80 %. Die CO² Belastung beträgt die Hälfte gegenüber einem Kohlekraftwerk, nicht mitgerechnet die Belastung bei dem Kohlekraftwerk durch den Seeschifftransport der Kohle. Die Feinstaubbelastung ist ebenfalls erheblich geringer.

Wir möchten Sie bitten, machen wir mit der Stadt Emden, den Gemeinden der 7 ostfriesischen Inseln, der Gemeinde Krummhörn, dem Kreistag des Landkreises Aurich, der Samtgemeinde Brookmerland, der Gemeinde Hinte, der Industrie- und Handelskammer, der Dehoga u.v.a. mit dieser Resolution deutlich, dass diese Planung von uns nicht akzeptiert werden kann und dass deshalb eine Alternativplanung erforderlich ist.

Wir sollten uns darüber bewusst sein, dass wir als Küstenbewohner durch die Auswirkungen des Klimawandels unmittelbar als erste betroffen sein werden, wenn wir nicht ernsthaft die Problematik behandeln.

Vielen Dank“.

Beigeordneter Sikken erklärt, dass er dem Antrag zustimmen werde, gleichwohl verstehe er auch diejenigen, die es nicht tun würden. Die Begründung sei in vielen Punkten richtig, aber es könnte auch anders argumentiert werden, da selbst Ablehnung bei der Installation von Windkraftanlagen beobachtet werden könne. Jetzt würden aus gutem Grund Kohlekraftwerke abgelehnt. Aber irgendwo müsse der Strom nun mal herkommen. Beim Kohlekraftwerk könnte man darüber nachdenken, die technisch höchstmögliche Reinigung zu fordern, jedoch unterstütze er den Antrag der Ratsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, sich gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes in Emden auszusprechen. Norddeich plane man als Nordseeheilbad. In unserer Urlaubsregion, die Urlauber gute und saubere Luft biete, passe eine Kohlekraftwerk dieser Art nicht hinein.

Ratsherr Blaffert fragt, warum im Resolutionsantrag nicht auch das in rund 30 Kilometer Entfernung in Holland in Betrieb gehende Kohlekraftwerk einbezogen werde, obgleich die ostfriesische Region diese Luftverunreinigungen auch abbekommen werde.

Ratsfrau Albers entgegnet, dass sie nur dort Einfluss nehme, wo sie es tun könnte, speziell betreffe dies das Kohlekraftwerk in Emden. In Holland solle ein Kohlekraftwerk und ein Müllkraftwerk gebaut werden, wogegen sich in der Bevölkerung großer Widerstand rege. Bezüglich des geplanten Kohlekraftwerkes in Emden gebe es konkrete Wege, dieses zu verhindern.

Der Vorsitzende fragt Ratsfrau Albers, an wen die Resolution geschickt werden soll.

Ratsfrau Albers antwortet, dass es sich um eine öffentliche Stellungnahme handele, die niemandem zuzuschicken sei.

Beigeordneter Lütkehus erklärt, wenn der Rat sich schon damit befasse, dass mit der Resolution auch diejenigen angesprochen werden sollten, die dafür zuständig seien, wie die Stadt Emden und das Land Niedersachsen.

Der Vorsitzende verliest die Resolution und bittet mit dem Zusatz, die Resolution der Stadt Emden, dem Land Niedersachsen und der Presse zu übermitteln, um Abstimmung.

Der Rat der Stadt Norden beschließt folgende Resolution:

Der Rat der Stadt Norden spricht sich gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes in Emden aus.

Die Resolution wird der Stadt Emden, dem Land Niedersachsen und der Presse übermittelt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	27
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	2

zu 26 Dringlichkeitsanträge

Keine

zu 27 Anfragen

Der Vorsitzende bittet, Anfragen zu stellen.

**zu 27.1 Anfragen: Messplatten zur Verkehrszählung / 3.3
AN/0501/2008**

Ratsfrau Wilts-Rocker fragt, ob die Messplatten zur Verkehrszählung wieder funktionieren.

**zu 27.2 Anfragen: Haftung für Schäden durch Bäume / 3.3
AN/0502/2008**

Ratsfrau Wilts-Rocker fragt, wer dafür hafte, wenn durch einen Baum Schäden verursacht werden, dessen Fällung abgelehnt wurde.

**zu 27.3 Anfragen: Genehmigung von Werbeschildern / 3.3
AN/0503/2008**

Ratsfrau Wilts-Rocker fragt, ob Schilder mit der Aufschrift „Auf nach Aurich – Hauptstadt Ostfrieslands“ genehmigt werden müssten, wer ggf. dafür zuständig sei und wie die Stadt sich dagegen wehren könne.

**zu 27.4 Anfragen: Autoverkaufsstelle Osterstraße / 3.3
AN/0504/2008**

Beigeordneter Wiltfang fragt, ob der Autoverkauf auf dem Gelände neben der ehemaligen Landeszentralbank in der Osterstraße zulässig ist, ob dafür eine Genehmigung benötigt werde

und wenn ja, ob eine Genehmigung erteilt worden sei.

**zu 27.5 Anfragen: Grabensäuberung Berliner Straße / 3.3
AN/0505/2008**

Beigeordneter Fuchs fragt, wer für die Grabensäuberung an der Berliner Straße zuständig sei. Der Graben befände sich in einem sehr schlechten Zustand, so dass dieser bei Stark-Regen überlaufe. Er fragt weiterhin, wie dort Abhilfe geschaffen werden könne.

**zu 27.6 Anfragen: Ratsbeschluss zum Parkservice /3.1
AN/0506/2008**

Ratsherr Köther fragt, ob der einem Zeitungsbericht zufolge bestehende Konflikt bzgl. des Ratsbeschlusses zum Parkserviceunternehmen, der einen Verwaltungsvorschlag abänderte, überhaupt bestehe und ob die Verwaltung den Willen des Rates in dieser Angelegenheit mit dem gleichen Nachdruck verfolge und umsetze, als ob der Verwaltungsvorschlag beschlossen worden wäre.

zu 28 Wünsche und Anregungen

Ratsfrau Wilts-Rocker bedankt sich, dass Schilder aufgestellt worden seien, die auf den Wochenmarkt hinweisen.

**zu 28.1 Wünsche und Anregungen: Verkehrsschilder zur Ortsumgehung / 3.3
AN/0507/2008**

Ratsherr Bent wünscht zu erfahren, wer die Verantwortung dafür trage, dass die Verkehrsschilder bezüglich der Ortsumgehung Norden noch nicht da seien.

**zu 28.2 Wünsche und Anregungen: Fragen der Politik zur Windenergie / 3.3
AN/0508/2008**

Beigeordneter Wiltfang wünscht, dass die Antworten der Verwaltung der Politik bzgl. der Fragen aller Fraktionen zur Windenergie umgehend übersandt werden.

**zu 28.3 Wünsche und Anregungen: Bericht der Wirtschaftsförderung / 3.2
AN/0509/2008**

Beigeordneter Wiltfang wünscht, in der letzten Ratssitzung des Jahres am 04.12.2008 den Bericht der Wirtschaftsförderung zu erhalten. Insbesondere wünsche er eine Aufstellung der einzeln geförderten Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings.

**zu 28.4 Wünsche und Anregungen: Sachstandsauskunft Genehmigungsverfahren Krippenplätze "Hooge Riege" / 2.2
AN/0510/2008**

Ratsfrau Schmelzle möchte wissen, wie weit das Genehmigungsverfahren im Bezug auf die Krippenplätze „Hooge Riege“ gediegen ist.

zu 28.5 Wünsche und Anregungen: Sachstandsauskunft zum Südeingang / 3.1 AN/0511/2008

Ratsherr Blaffert bittet um Sachstandsauskunft zum Südeingang.

zu 29 Festlegung des nächsten Sitzungstermins

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt Norden findet statt am 04. Dezember 2008 um 17.00 Uhr.

zu 30 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt am 06.10.2008 um 19.26 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

-Reinders-

-Schlag-

-Wilberts-